

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Köln hat ein Polizeiproblem und kein Flüchtlingsproblem – S. 2*
- *Erdogan lässt Intellektuelle inhaftieren – S. 5*
- *München: Bürgerbegehren „Raus aus der Steinkohle“ – S. 13*
- *General Electric plant Massenentlassung für das Werk Mannheim – S. 17*
- *Zum 28. CDU-Parteitag am 13.–15.12.2015 – S. 19*

Ausgabe Nr. 1 am 21. Januar 2016, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-62 47 01, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Köln hat ein Polizeiproblem und kein Flüchtlingsproblem

Über die Kölner Vorfälle an Silvester / Neujahr haben unsere Leserinnen und Leser in der Presse viel gelesen. Es gibt bundesweit eine hysterische Diskussion durch die Medien und die bürgerlichen Parteien, um das Asylrecht und die Strafgesetze zu verschärfen und sich zu für die bevorstehenden Wahlen zu rüsten. Dazu kommt noch eine Steigerung rechtsextremer Propaganda und Gewalt, um den Formierungsprozess der AfD und einen gewalttätigen Flügel zu etablieren.

Dieser Beitrag ist keine umfassende Erklärung, sondern der Autor ist ein konkreter Beobachter, als Mitglied im Rat der Stadt Köln und langjähriger Aktivist gegen Rechts. Ich möchte aufzeigen, dass das totale Versagen der Kölner Polizei den Tätern in die Hand spielte und auch noch eine Art Lawine von Anschuldigungen auslöste.

Die Polizei und die Vorgänge an Silvester

Die Kölner Polizei wusste bereits seit 2012, dass die Zahl der Trickdiebstähle, aber auch Sexualdelikte in Köln und insbesondere am Kölner Hauptbahnhof steigt: „Im Jahr 2015 konnten 1947 nordafrikanische Tatverdächtige (TV) ermittelt werden, u.a. in den Deliktsbereichen: Taschendiebstahl (240 TV), Raub (85 TV), Sexualdelikte (10 TV).“

Es gab eine deutliche Steigerung der Delikte mit dem Schlagwort „Antanzen“. Sie stiegen von 2014 von 23 Fällen auf 2015 mit 96 Fällen. Der Behauptung von Justizminister Maas, es handle sich um organisierte Kriminalität, widerspricht die Kölner Polizei in ihrem Bericht¹:

„Klassische Bandenstrukturen konnten trotz intensiver Ermittlung bislang nicht erkannt werden. Die Erkenntnislage deutet vielmehr darauf hin, dass die Einzelpersonen sich regelmäßig in sozialen Netzwerken und an Treffpunkten zur gemeinsamen Begehung von Straftaten verabreden. Längerfristige Strukturen können bislang nicht erkannt werden.“ Die Polizei verweist darauf, dass viele Täter aus Marokko und Algerien kommen. Viele von ihnen sind keine anerkannten Flüchtlinge, sondern leben illegal in Deutschland, vielleicht wollen sie hier arbeiten.

In einem sehr interessanten Interview

im „Kölner Stadt-Anzeiger“² verweist der Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer darauf, dass die Mobilisierung ähnlich verläuft wie bei den gewaltbereiten Fußballfans, um ein gemeinsames Auftreten zu inszenieren. Also Formen, die der Polizei grundsätzlich bekannt sind. Heitmeyer weiter:

„In Köln war eine notwendige Bedingung, dass eine Opfergruppe, die Frauen, markiert wurde. Dies ist nicht hinreichend. Es muss eine kritische Masse von gleichgesinnten Tätern zusammenkommen und der Termin, also Silvester mit den eigenen Elementen wie Lärm, Alkohol, gelockerte Regeln, verdichteter Raum mit schnellem Körperkontakt und Dunkelheit dazukommen.“

Die Kölner Polizei hat im Vorfeld der Einsatzplanung wegen der zunehmenden Diebstähle am Hauptbahnhof die Einsatzkräfte aufgestockt, aber ohne eine konkrete Analyse. Die zweite



Fehleinschätzung erfolgte am frühen Abend, als sie nicht erkannte, dass viele junge Männer an den Bahnhof gekommen sind. Sie hat zwar die Domtreppe räumen lassen. Das hat aber nicht zur Entspannung geführt, sondern zur Verdichtung vor dem Hauptbahnhof und den Tätern faktisch in die Hände gespielt.

Faktisch hatte die Polizei keine Strategie und war verunsichert. Eine Augenzeugin mit politischer Erfahrung berichtet, dass der Polizei die Angst ins Gesicht geschrieben stand.

Dazu kommt, dass es seit Jahren immer wieder ein Gerangel gibt, für was ist die Bundespolizei und für was die NRW-Polizei zuständig. Der Einsatz der Bundespolizei im Bahnhof muss nach vielen Zeugenaussagen auch eine Katastrophe gewesen sein. Zum Glück gab es keine Panik, das hätte auch zu Toten führen können.

Der Kölner Hauptbahnhof ist eine der größten Drehscheiben in Deutschland

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

und braucht in Zukunft ein eigenes Sicherheitskonzept. Auch das müsste der Polizei seit langem bekannt sein. Metropolen verändern sich, konkurrieren miteinander. Walter Siebel schreibt in seinem neuen Buch:

„Das, was das Stadtleben so anstrengend macht, die Allgegenwart des Fremden, ist eine entscheidende Bedingung für die Stadt als kulturell produktiver Ort und birgt zugleich Anlässe für die heftigsten Konflikte.“³

Was sind das für junge Männer in der Silvesternacht? Heitmeyer schreibt:

„Die jungen Generationen in Nordafrika befinden sich in einer dramatischen Lage, die sich nicht verändern wird. Eine sehr große Zahl junger Männer kämpft um wenige Chancen gesellschaftlicher Anerkennung über Arbeit. Dadurch entsteht Aggressivität, zumal wenn es in patriarchalischen Verhältnissen entsprechende Rollenvorbilder gibt mit der Botschaft von der Überlegenheit des Mannes und der Ungleichwertigkeit von Frauen. Als viertes kommt hinzu, dass die Kommunikationsmittel die Verlockungen des Westens zeigen. Sie haben nichts zu verlieren – außer Elend und Hoffnungslosigkeit. Resignation ist eine Reaktion, dem gegenüber sind Gewalt und Radikalisierung dann attraktive Quellen von Anerkennung. Auf wessen Kosten auch immer – und da sind Frauen das schwächste Opfer.“

Die Kölner Polizei und rechte Gewalt

Am Samstag nach der Silvesternacht demonstrierten zum dritten Mal Sturmtruppen von Hogesa und andere Rechtsextreme unter dem Schutzmantel von Pegida am Kölner Hauptbahnhof. Sie wollten die Kölner Silvesternacht politisch ausschlagen. Und es gab ein Schlüsselerlebnis für die Kölner Polizei. An der Spitze der Demonstration griffen ca. 100 gewalttätige Hogesa-Leute die Polizei mit Raketen, Flaschen und Steinen an. Statt diese Leute einzukreisen und festzunehmen, um endlich mal die Personalien fest-

zustellen, wurde die Demonstration mit Wasserwerfern zerschlagen und aufgelöst.

Seit dem Hogesa-Aufmarsch 2014, mit dem Bild des umgestürzten Polizeiautos, hat die Kölner Polizei ein Trauma: Sie hat regelrecht Angst vor diesen Gewalttätern. Für die Hogesa ist das bis heute ein Symbol. Sie haben es der Kölner Polizei 2014 gezeigt, 2015 wollten sie das in Köln „toppen“, das gelang ihnen nicht, weil der Protest der Stadtgesellschaft zu groß war, und die Polizei mächtig unter Druck stand. Aber bei ihrem dritten Aufmarsch konnten sie sich wieder mit der Polizei prügeln und ihre Stärke unter Beweis stellen.

Diese Angst der Kölner Polizei hat Folgen. Wenige Tage nach der dritten Hogesa-Demonstration fielen 20 dieser Leute an einem Abend in die Innenstadt ein und griffen wahllos Menschen mit anderer Hautfarbe an. Das ist in Köln eine neue Qualität! Zumal die Hogesa schon einmal eine Veranstaltung zum Gedenken der NSU-Opfer im Sommer letzten Jahres überfallen wollte.

Rechtsfreier Raum in der viertgrößten Stadt in der BRD: Das hat es bisher noch nicht gegeben. Und darf es auch nicht geben, dafür müssen die Staatsorgane und auch die Kölner Polizei sorgen!

Die demokratischen Parteien dürfen sich nicht von der rechtspopulistischen AfD treiben lassen. Danach sieht es im Moment aus. Sogar die Grünen stimmen in diesen Chor mit ein und Die Linke hinterlässt ein zerrissenes Bild. Die Verabschiedung der Asylverfahrenbeschleunigungsgesetze muss weiter inhaltlich kritisiert werden.

Jörg Detjen

1 Begehung von diversen Straftaten durch eine größere Personengruppe in Köln am 1.1.2016 und 3.1.2016. Bericht des Polizeipräsidium Köln vom 8. Januar 2016

2 „Ende der Gewaltspirale ist nicht in Sicht“, Interview mit Wilhelm Heitmeyer im Kölner Stadt-Anzeiger vom 16.1.2016

3 Walter Siebel, Die Kultur der Stadt, Suhrkamp 2015



Fraktion Die Linke: Sexuelle Gewalt ist kein „Ausländerproblem“!

KÖLN. Die Fraktion Die Linke verurteilt die sexuellen Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht aufs Schärfste. Die Polizei geht davon aus, dass mehrere hundert Männer in der Bahnhofshalle und auf dem Vorplatz Trickdiebstähle gegenüber Frauen und Männern verübt haben. Dabei wurden einige Täter sexuell gewalttätig gegenüber Frauen. Es muss dringend aufgeklärt werden, warum die Polizei am Silvesterabend die Situation völlig falsch eingeschätzt und nicht effektiver eingegriffen hat. Die Linke begrüßt es, dass die Polizei bei öffentlichen Feiern künftig ihre Präsenz an neuralgischen Punkten verstärken wird. Es ist wichtig, frühzeitig eingreifen zu können, wenn Täter glauben, unter dem Deckmantel großer Menschenmassen ungestraft Gewalt ausüben zu können. Mehr Polizeipräsenz allein wird das Problem aber nicht lösen. Patriarchale Gewalt muss überall dort, wo sie vorkommt, sichtbar gemacht und bekämpft werden. Die Männer, die in der Silvesternacht Frauen bedroht, bestohlen und belästigt haben, sind Straftäter und müssen auch so behandelt werden, ungeachtet ihrer Herkunft. Es darf und soll hier kein Unterschied zwischen deutschen oder ausländischen Tätern gemacht werden. Deshalb lehnt Die Linke die Forderung nach Abschiebungen ab. Tätern muss ein rechtstaatlicher Prozess in Deutschland gemacht werden. Keinen Unterschied zu machen heißt auch, entschieden den rassistischen Hetzer/-innen zu widersprechen, die nordafrikanischen oder arabischstämmigen Männern generell unterstellen, Frauen gegenüber gewalttätig zu sein. Die übergroße Mehrheit der Flüchtlinge, Illegalisierten und Kölner dieser Herkunft lebt gesetzeskonform und gewaltfrei unter uns. Die Polizeistatistiken zeigen: Von Männern mit Migrationshintergrund geht prozentual nicht mehr sexuelle Gewalt als von deutschen Tätern. AfD, „Pro Köln“, Pegida und anderen rassistischen Gruppen geht es nicht um die Lösung sozialer Probleme. Sie wollen autoritäre Maßnahmen. Respekt ist der Schlüsselbegriff gegen Gewalt. Wir fordern Respekt gegenüber Frauen, aber auch Respekt gegenüber Menschen unterschiedlicher Herkunft. Gewalt muss bestraft, Gewaltprävention ausgebaut werden. Träger dieser wichtigen Arbeit müssen mehr Mittel bekommen.

Hamide Akbayir, Gisela Stahlhofen, Güldane Tokyürek

www.linksfraktion-koeln.de

Leitkultur in die Landesverfassung – Seehofer / Söder auf Abwegen

In den Medien mehrten sich Stimmen, die ein Ende der Ära Merkel kommen sehen. Unbestreitbar sammeln sich in der Unionsfraktion Leute, die Merckels Modernisierungspolitik für eine Zumutung halten. Die CSU, deren bayerische Stimmergebnisse für den Machterhalt der Union unverzichtbar sind, trägt diese Stimmung. Sie setzt durch die Manövriermöglichkeiten, die sie als selbständige Partei hat, die Kanzlerin unter Druck. Anlässlich der Klausurtagung der Landtagsfraktion (bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht beendet) erreicht der Konflikt eine neue Stufe. Es soll eine Gesetzgebung angestoßen werden, die die Politik des Bundes kontert. Dabei wird das Feld der Verfassungsbestimmung gewählt. Die CSU hat angekündigt, in die bayerische Landesverfassung etwas Leitkulturelles hineinzuschreiben, eventuell per Volksentscheid.

Juristen aller Parteipräferenzen rätseln, wie die CSU ihre Vorhaben, die bayerische Verfassung um eine Verpflichtung zur Leitkultur zu vermehren, zu Papier bringen will, ohne mit Menschenrechten zu kollidieren, die durch eben diesen Text, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die Rechtskultur der Europäischen Union und internationale Konventionen geschützt werden. Der Sache nach geht es um Sondergesetze für bzw. gegen Muslime. Zweck ist die Positionierung der Behörden in dem anlaufenden Kulturkampf, den die Bewegung Pegida, Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes, thematisiert, den die AfD in die Parlamente trägt und dem die CSU jetzt in Teilen folgt. Die CSU beruft sich dabei auf den Vorrang, der christlich-jüdische Traditionen bei der Gestaltung des Zusammenlebens einzuräumen sei. Die Partei kann sich dabei allerdings nicht auf Stimmen aus den Bekenntnisgemeinschaften berufen. Der Sache nach wird ein Übergriff des Staates in den Bereich der Bekenntnisse geplant. Es wird eine Nationalkultur herausgearbeitet, die die Bekenntnisse einhegt. Man kann zu den Kirchen und Bekenntnisgemeinschaften so oder so stehen. Gesetzlich garantiert ist die Freiheit, solchen Gemeinschaften sich anzuschließen oder fernzubleiben. Das ist eine Sache, die die Einzelnen nach ihrem Gewissen entscheiden. In der Freiheit des Gewissens liegt letztlich das Recht, über die Tauglichkeit von Gesetzen zu entscheiden, die dann für alle gelten. Der gegenwärtige Kulturkampf schiebt den Staat, der eine Zwangseinrichtung ist, an die Stelle der Bekenntnisgemeinschaften. Welche Folgen hätte eine Bestimmung, die den Staat zum Hüter der Bekenntnisse macht? Die Folgen

würden sich vor allem in der Tendenz der staatlichen bzw. staatlich regulierten Daseinsvorsorge zeigen. Es geht z.B. um die Gestaltung des Alltags in Kindergärten, Schulen, Altenheimen und, nicht zuletzt, im Vollzug von Polizeiaufgaben. Die Sonderbehandlung der Muslime könnte nicht auf diese Bekenntnisgemeinschaften beschränkt bleiben. Der Staat und seine sorgenden Einrichtungen würden befugt, an alle, an jeden Einzelnen die Frage zu richten: Wie stehst Du zur von uns vorgeschriebenen Nationalkultur. Diese Organisationsidee gesellschaftlichen Lebens findet in breiten Strömen öffentlichen Lebens und Denkens Halt. Sie ist populär. Praktisch ist sie nicht. Die Staatstätigkeit des Bundes, der Länder und der Gemeinden wird weiterhin lernen müssen, mit der Koexistenz verschiedener kultureller Orientierungen umzugehen, in der Welt der Wirtschaft und der Wissenschaft ist eine Abgrenzung nach außen sowieso unsinnig.

Die spannende Frage der nächsten Wochen ist, wie sich die Bekenntnisgemeinschaften, aber auch die Verbände der Wirtschaft, die Repräsentanten des Wissenschafts- und Kulturlebens zu dem Vorhaben der CSU positionieren. Bereits in Sachen PKW-Maut hatte sich gezeigt, dass die bayerische Politik verschobene Maßstäbe hat, die dummschlaue Idee, Aversionen gegen

umsonst fahrende Ausländer als Einstieg zur Finanzierung des Verkehrswegebbaus durch Mauten zu entwickeln, scheiterte an den Gerichten. Der derzeitige Finanzminister Söder hat nach letzten Meldungen dazu aufgerufen, die Willkommenskultur durch eine Kultur der Vernunft abzulösen. Vernünftig wäre es, jemanden, der solche Gegensätze konstruiert, als Minister abzulösen.

Es ist schon möglich, dass die Politik der Regierung Merkel, die mit den internationalen Realitäten argumentiert, zu Popularitätseinbußen führt. Wenn es aber dazu kommt, dass die AfD in weitere Landtage einzieht, und so sieht es ja aus, wird sich das Entgegenkommen, das die CSU dieser Strömung jetzt bereitet, hilflos machen. Sollte es die CSU ihre Politik tatsächlich auf eine Verfassungsänderung hintreiben, die in Bayern durch eine Volksabstimmung bestätigt werden muss, wird sich die Konstellation, die jetzt zwischen der CSU und Merkel besteht, auch innerhalb der CSU herstellen. Man sollte nicht vergessen, wo die hessische CDU landete, nachdem sie von dem inzwischen von der Bildfläche verschwundenen Roland Koch mit ausländerfeindlicher Propaganda zu einem strahlenden Wahlsieg geführt worden war. In einer Koalition mit den Grünen.

Martin Fochler

Landtagswahl in Baden-Württemberg am 13. März

Am 14. Januar veröffentlichten das Südwest-Fernsehen und die „Stuttgarter Zeitung“ eine aktuelle Umfrage zur Landtagswahl am 13. März 2016. Gegenüber der vorigen Umfrage Anfang Dezember verlor die CDU zwei Prozentpunkte und käme auf 35 Prozent. Die Grünen, die mit Winfried Kretschmann einen nach Umfragen beliebten Ministerpräsidenten stellen und gemeinsam mit der SPD regieren, kämen auf 28 Prozent, das sind nochmal drei Prozentpunkte mehr; allerdings verlor die SPD genauso viel und kommt auf 15 Prozent. Danach hätte Grün-Rot keine Chance die Regierung fortzusetzen. Allerdings ist auch eine schwarz-gelbe Koalition unwahrscheinlich: die FDP käme auf sechs Prozent und wäre damit weiterhin im Landtag. Die AfD legt nochmals zu und käme jetzt auf zehn Prozent (vorige Umfrage: acht). Die Linke verliert einen Prozentpunkt und hätte mit drei Prozent keine Chance auf den Einzug in den Landtag.

Die „Stuttgarter Zeitung“ sieht als am wahrscheinlichsten eine Regierungskoalition aus der CDU mit der SPD. Eine Koalition zwischen CDU

und Grünen ist eher unwahrscheinlich, da die CDU vor allem die grüne Regierungspolitik angreift, sei es bei der Flüchtlingspolitik, der inneren Sicherheit und vor allem der Schulpolitik.

Der Spitzenkandidaten und Linken-Chef Bernd Riexinger stellt in den Mittelpunkt eine schnelle Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 10 Euro pro Stunde. Die von der Bundesregierung als Konsequenz aus der Gewaltnacht von Köln geplante Verschärfung der Asylgesetze lehnt Riexinger ab. Genauso wie strengere Grenzkontrollen nach dänischem oder schwedischem Vorbild. Trotz aktuell schlechter Umfragezahlen rechnet der Parteichef mit dem Einzug der Linken in den baden-württembergischen Landtag. Bernd Riexinger kündigt an: „Wenn DIE LINKE in den Landtag kommt, werden wir ein Sofortprogramm einbringen, um Armut, vor allem Kinderarmut zu bekämpfen. Dazu gehört natürlich ein landesweites Sozialticket, das in vielen Kommunen schon durch linke Gemeinderäte initiiert wurde.“

Alfred Küstler

Seit 47 Tagen dauert in Diyarbakir-Sur (19.1.) die Ausgangssperre an, in Cizre und in anderen Städten ist es nicht anders. Die Stadträtin Bucak berichtet, dass die Beschießung von Sur, die Granat- und Bombeneinschläge jede Nacht, jeden Morgen stundenlang in der ganzen Millionenstadt zu hören sind. Tagsüber stehen Hubschrauber über dem Stadtteil. Viele Menschen sind zu Tode gekommen. Gegen die HDP und ihre Parlamentsfraktion sind Verbotverfahren eingeleitet worden. Die Co-Vorsitzenden und zahlreiche Politiker werden mit Strafverfahren überzogen.

Der Krieg gegen Kurdistan und seine Menschen in der Türkei führt auch zu Protesten im Westen der Türkei. Diese Opposition will Erdogan und die AKP-Regierung niederschlagen und entsprechend wird auch auf sie die Repression ausgeweitet.

In Europa finden täglich Aktionen der kurdischen, alevitischen und linken türkischen Vereine statt. In Diyarbakir wird versucht, am 6.2. eine Friedenskonferenz abzuhalten, an der sich die linken europäischen Parteien beteiligen.

Im Parlament Portugals kam es zu einer bemerkenswerten Solidaritätskundgebung mit der HDP und gegen den Krieg Erdogans. Wir haben sie unten dokumentiert, ebenso wie den Artikel von Michael Knapp aus dem Internetportal Civaka Azad.

Rudolf Bürgel

Erdogan lässt Intellektuelle inhaftieren – AKP naher Politiker ruft zum Massaker auf

Michael Knapp, 16.1.2015

„Wir fordern den Staat auf, die Gewalt die er gegen seine Bürgerinnen und Bürger ausübt, sofort zu beenden. Wir als Akademikerinnen und Akademiker, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dieses Landes erklären, dass wir kein Teil dieses Verbrechens

bekannte Persönlichkeiten wie Noam Chomsky, David Harvey, Judith Butler und andere.¹

Die Kampagne, welche unter dem Namen ‚Akademiker_innen für den Frieden‘ auftritt, kritisierte scharf das Vorgehen gegen die Bevölkerung der Städte und Stadtteile Sur, Silvan, Nusaybin, Silopi und vieler anderer Orte und thematisierte die Angriffe mit



sein werden und versprechen, dass wir für unsere Haltung gegenüber politischen Parteien, dem Parlament und der internationalen Öffentlichkeit eintreten werden.“

So beginnt der Appell von über 1128 Akademikerinnen und Akademikern, von 89 Universitäten in der Türkei und über 355 aus dem Ausland, in dem sie den türkischen Staat auffordern, seine Gewaltpolitik zu beenden und für Verhandlungen einen Boden zu bereiten. Unter den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern befinden sich

schweren Kriegswaffen, die Ausgangssperren und die damit zusammenhängenden Probleme mit Hunger, medizinischer Versorgung und Einschränkung bzw. Aufhebung des Rechts auf Leben und Sicherheit, des Verbots von Folter und Misshandlung, wie sie in internationalen Konventionen garantiert sind. Das Vorgehen der Türkei wird in der Petition als ein „absichtliches und geplantes Massaker bewertet, welches

¹ <http://bianet.org/english/human-rights/170978-academics-we-will-not-be-a-party-to-this-crime> []

sowohl gegen türkisches Recht als auch gegen internationale Konventionen, welche die Türkei unterzeichnet hat, ernsthaft verstößt“, bewertet.

Erdogan reagierte auf die internationalen Unterzeichnenden auf typische Art und Weise, indem er ihnen Kolonialismus vorwarf, dass sie im Namen einer „fünften Kolonne“ agierten, und sie einlud, ihnen die „Wahrheit“ zu zeigen. Der Philosoph und renommierte Linguist Prof. Dr. Noam Chomsky erklärte gegenüber der Reaktion Erdogans: „Wenn ich mich entscheide in die Türkei zu reisen, dann nicht auf seine Einladung hin, sondern wie schon oft vorher, auf die Einladung der vielen mutigen Dissidenten hin, einschließlich der Kurden, die seit vielen Jahren brutal angegriffen werden... Die Türkei erklärte ISIS als Schuldigen für den Angriff [in Istanbul], die Organisation der Erdogan auf viele Weisen geholfen hat und während er die Al Nusra Front ebenfalls unterstützt, die sich kaum davon unterscheidet. Dann fängt er mit einer Tirade gegen diejenigen an, die seine Verbrechen an den Kurden verurteilen – welche die stärkste Bodentruppe sind, die gegen ISIS in Syrien und Irak kämpfen. Ist dazu noch ein weiterer Kommentar notwendig?“

Währenddessen blies Erdogan am 13.1. gegen die Mehrzahl von ihnen, die aus der Türkei stammen, mit offenen Drohungen regelrecht zur Jagd:

„Dies [der Appell] ist keine Angelegenheit der Meinungsfreiheit. Sie haben kein vaterländisches oder nationales Anliegen. Sie wollen nur unser Land, unser Vaterland ins Chaos stürzen und streben danach, diese Nation gegen sich selbst aufzubringen. Dies ist sicherlich keine Frage der Demokratie, der Rechte und Freiheiten, der Freiheit der Meinung und der Gedanken. Es ist eine Frage des Bestehens unseres Staates und unserer Nation ... Ich gehe davon aus, dass unsere betreffenden Institutionen entsprechend unserer Verfassung und den Gesetzen gegen diesen offen verbrechensfördernden Verrat das Notwendige tun werden.“

Gleichzeitig holte Erdogan gegen die Politiker_innen der HDP aus und bezeichnete sie als „ebenso wenig als Politiker wie diese sogenannten Akademiker solche sind.“ Er ging weiter und sagte „In meinen Augen sind das keine Politiker mehr, sondern Werkzeuge der Terrororganisation.“

Interessant sind die Reaktionen. Selbst die in vielen Punkten als Opposition auftretende CHP distanzierte sich von dem Schreiben und bestätigte damit ihre Teilnahme am Kriegskonzept der AKP.²

Sowohl die Hochschulkommission als auch die Justiz folgten der Aufforderung Erdogans zum Vorgehen gegen

² <http://diclehaber.com/tr/news/content/view/494291?page=2&from=1072129438> []

die Meinungsfreiheit. Am Morgen des 15.1. wurden 24 Hochschulangehörige der Kocaeli Universität und drei von der Bolu Universität festgenommen. Die Staatsanwaltschaft wirft den Festgenommenen „die Herabwürdigung des türkischen Parlaments, der türkischen Regierung und der judikativen Organe des Staates“ (bis zu fünf Jahre Haft) und „Werbung für eine terroristische Vereinigung“ vor. Dieser Straftatbestand wird mit bis zu 7,5 Jahren Haft wegen besonderer Schwere bestraft, wenn die Tat über Medien erfolgte.³ Die Hochschulkommission hat in Antep gegen vier Unterzeichner Disziplinarverfahren eingeleitet.⁴ Nach Angaben der Nachrichtenagentur ANF hat die Generalstaatsanwaltschaft in Istanbul Verfahren gegen alle 1128 Unterzeichner_innen eingeleitet.⁵

In einigen Teilen seiner Stellungnahme heizt Erdogan ebenfalls eine Pogromstimmung gegenüber den Intellektuellen weiter an: „Um wie diese sogenannten Akademiker, welche dieses Flugblatt unterzeichnet haben, an der Seite der Terrororganisation Stellung zu beziehen, muss euer Geist verschmutzt und benebelt sein und jegliche menschliche Züge verloren haben. Ich habe keine Zweifel, dass unsere Nation diesen Überresten der Mandatsmächte die Antwort, welche sie verdienen, geben wird.“⁶

Erdogan wurde von dem ihm nahestehenden rechtsextremen Politiker mit Verbindungen ins organisierte Verbrechen, Sedat Peker sekundiert, er hatte über die Unterzeichnenden erklärt: „Wir werden Euer Blut in Strömen fließen lassen und wir werden uns mit Eurem Blut duschen.“ Diese Erklärung des Faschistenführers Sedat Peker ist nichts Neues. Kurz vor dem Anschlag in Ankara letzten Jahres auf eine Friedenskundgebung, bei der mehr als hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer getötet wurden, hatte er auf einer Kundgebung unter dem Motto „Wir sind mit Dir, Meister [Bild von Erdogan] gedroht: „Sie [die kurdische Bewegung] machen einen großen Fehler. Wenn sie es bemerken, wird es für sie zu spät sein. Wir werden, wie als wenn die Schlagadern der Welt geöffnet würden, Blut in Strömen fließen lassen.“⁷

Die Ermittlungen, die gegen Peker damals eingeleitet worden waren, sind im Sande verlaufen. Aufgrund der ak-

Portugiesisches Parlament verurteilt die Ermordung von Sêvê, Pakize und Fatma

Das portugiesische Parlament hat die Ermordung der kurdischen Politikerinnen Sêvê Demir, Pakize Nayır und Fatma Uyar in Silopî (türk. Silopi) verurteilt. Das Parlament hielt eine Schweigeminute in Gedenken an die Frauen ab.

Am Freitag hat der Linke Block einen verurteilenden Antrag im portugiesischen Parlament eingebracht, um auf die Morde an Sêvê Demir (Ratsmitglied der DBP – Demokratik Bölçeler Partisi – Demokratische Partei der Regionen), Fatma Uyar (Aktivistin des KJA – Kongreya Jinên Azad – Kongress der freien Frauen) und Pakize Nayır (Ko-Vorsitzende des Volksrates in Silopî) am 4. Januar aufmerksam zu machen. Die drei Aktivistinnen wurden in Silopî ermordet, die Stadt steht unter schweren Angriffen der türkischen Armee, nachdem die örtliche Bevölkerung die Selbstverwaltung ausgerufen hat und sich nun verteidigt.

Der Antrag wurde trotz der Stimm-

enthaltung der Rechten angenommen. In dem Antrag wurden die drei Frauen als „Feministinnen bezeichnet, die ihr Leben dem Kampf für eine bessere Welt, für Frauenrechte, eine offene und demokratische Gesellschaft gewidmet haben, in der die Menschen frei und selbstständig sein können“.

In der Rede wurde zudem gesagt, dass die Regierung unter Erdogan sowohl die Bürgerrechte, als auch die Menschenrechte missachtet und dass dies nicht länger hingenommen werden kann. „Es ist unmöglich weiterhin keine Stellung zum türkischen Regime einzunehmen“, so der Antrag. „Wir müssen die Argumentation des Terrorismus entschieden zurückweisen, die nur dazu dient, die Angriffe auf die Bevölkerung zu legitimieren.“

Das Parlament hielt anschließend eine Schweigeminute für die drei Frauen ab.

JINHA, 12.1.2016, ISKU

Quelle: <https://isku.blackblogs.org/?p=974>

tuellen Äußerungen erklärt der Anwalt der Angehörigen des Ermordeten Agos-Redakteurs Hrant Dink, Erdal Dogan: „Die heutige Erklärung von Peker ist konkreter und ausführlicher als die letzte. Denn er verbreitet konkrete Morddrohungen, die eine direkte Gefahr bilden können. Gestern hat auch Erdogan die Akademiker bedroht. Es ist offensichtlich, dass sich Peker als



der Revolvermann von Erdogan geriert. Dies zeigt unserer Meinung nach, dass das gemeinsame Foto der beiden auf einer Hochzeit kein Zufall ist.“⁸

Auch die neofaschistischen „Ülkü Ocaklar“, welche den Grauen Wölfen nahe stehen, forderten vom Unterzeichnenden Prof. Dr. Bülent Tanju den Rücktritt und drohten „In Kayseri wird es eng für dich werden.“⁹

Diese Drohungen stellen keine leeren Drohungen dar, stattdessen besteht in

der Türkei eine enge Verbindung zwischen neofaschistischen Banden, Polizei, Geheimdienst und Militär. Früher traten diese Einheiten als JITEM auf, mittlerweile bewegen sie sich als Polizeieinheiten unter dem Namen „Löwen Allah“ Esadullah, als Hizbullah, als Türkische Rachebrigaden und unter vielen weiteren Pseudonymen. Unterstrichen wird diese Tatsache dadurch, dass wir in den letzten 25 Jahren etwa von 17000 „Verschwundenen“ in der Türkei ausgehen können, aber auch von den engen Verbindungen der Türkei zu jihadistischen Terrorbanden, welche diese als sicheres Hinterland benutzen. Auf Twitteraccounts brüsten sich mutmaßliche Angehörige von Spezialeinheiten damit, wie sie Körper Getöteter misshandeln, oder wie in Sirnak geschehen, am Panzer durch die Stadt schleifen. Vor wenigen Tagen waren, wie berichtet, zwölf Personen in Van Edremit zum Großteil per Kopfschuss getötet worden. Mittlerweile ist klar, dass die Personen Angehörige der kurdischen Guerilla waren. Auf dem Twitteraccount @J_I_T_E_M hieß es:

„So wie wir heute in Van zwölf Kurden hingerichtet haben, werden wir jetzt jedem Kurden, den wir Festnehmen, einen Genickschuss verpassen. Das schwören wir.“ Der Tweet wurde 20 Minuten später wieder gelöscht.¹⁰

Personen, welche die Waffenlieferungen an diese Terroristen aufdecken, sind ebenfalls von staatlicher Repression betroffen, wie beispielsweise der inhaftierte Chefredakteur der Zeitung

¹⁰ <http://diclehaber.com/tr/news/content/view/493670?from=1815887918> []

³ <http://www.turkhukuksitesi.com/mevzuat.php?mid=9923> []

⁴ <http://www.yuksekovahaber.com/haber/24-akademisyen-gozaltina-alindi-173688.htm> []

⁵ <http://anfturkce.net/guncel/akademisyenler-hakkinda-sorusturma-baslatildi> []

⁶ http://www.cumhuriyet.com.tr/haber/siyaset/464135/Erdogan_dan_yargiya_talimat_gibi_sozler.html []

⁷ <http://www.diken.com.tr/boyle-olur-sedat-pekerin-mitingi-erdogani-seviorum-oluk-oluk-kan-akacak/> []

⁸ <http://www.diken.com.tr/sedat-peker-cumhurbaskani-erdoganin-tetikcisi-gibi-derhalsorusturma-baslatilmali/> []

⁹ <http://www.diken.com.tr/barisci-akademisyene-ulkucaklarindan-tehdit-kayseri-sana-dar-gelir/> []



Cumhuriyet Can Dündar.

Die Unterzeichnenden reagierten gefasst auf die Repression und die Drohungen. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Demokratischen Kongresses der Völker (HDK) und Akademiker Prof. Dr. Onur Hamzaoglu erklärte nach Erdogans Drohungen am Tag vor den Festnahmen: „Wenn wir uns vor Gittern fürchten würden, wären wir nicht in den Zug eingestiegen. Ich habe dies getan, um mein eigenes Gesicht im Spiegel anschauen zu können, deswegen haben ich den Brief unterschrieben.“¹¹

Die Dozentin Esra Arsan erklärte: „Ich bereue nichts... Wenn unsere Kinder uns irgendwann fragen: Und was habt ihr damals gemacht? Dann möchte ich ohne mein Haupt zu senken und aufrecht sagen können, was ich getan habe. Ich denke, ich bin in der Lage dazu.“ Prof. Dr. Ishil Ünal erklärte: „Wir haben das getan, was für uns Akademikerinnen und Akademiker notwendig war und unser Wort für einen Friedensprozess und die Wiederaufnahme von Verhandlungen eingesetzt. Unsere Forderungen wurden absichtlich, gezielt abgeurteilt. Dies ist eine Nachricht der Kriegstreiber, den Krieg fortzusetzen ... Für uns sind diese Drohungen nicht wichtig, wir werden unseren Kampf fortsetzen, bis Frieden im Land herrscht. Wenn es anders wäre, hätten weder die Universität noch Akademikerinnen und Akademiker einen Sinn.“

Der Verfassungsrechtler Prof. Dr. Ahmet Insel ging direkt auf die Drohungen ein und antwortete: „Wenn Erdogan und sein Intellektueller Sedat Peker spricht, was sollen wir dazu sagen? Erdogan bewertet uns als Hort der Dunkelheit, ebenso Sedat Peker, der als sein [Erdogans] Intellektueller sofort

auftritt und damit droht, in unserem Blut zu baden. Da gibt es nichts mehr zu reden. In diesem Sinne können sie die Türkei lesen, indem sie auf Erdogan und seinen Intellektuellen Sedat Peker schauen.“¹²

Mit dem Angriff auf die Akademikerinnen und Akademiker und vor allem mit der Zuspitzung eines nationalistischen Klimas in der Türkei steuert Erdogan die Türkei immer weiter in einen Bürgerkrieg. Es scheint als versuche er den Angriff des Staates auf die kurdische Zivilgesellschaft durch ein Aufhetzen der Bevölkerung gegen die kurdische Bevölkerung weiter eskalieren zu wollen. Damit unterstützt Erdogan die These, dass sich das türkische Regime auf dem Weg vom Polizeistaat zum Faschismus befindet.

Erinnert sei hier an die Aufrufe Erdogans im Wahlkampf gegen „den Terror“ vorzugehen: sie sorgten für Pogrome in der ganzen Türkei und für hunderte Angriffe auf HDP-Büros.¹³ Erinnert sei auch an seinen hastig deklarierten positiven Bezug auf den Nationalsozialismus.

Mittlerweile wächst die Unterstützung für den Aufruf der Akademiker_innen weltweit, Kunst und Kulturschaffende, Filmregisseur_innen und viele andere schlossen sich dem Aufruf an. Hiermit möchte ich ebenfalls die Leser_innen dieses Artikels auffordern, den Appell für Frieden und eine politische Lösung und ein Ende des Massakers durch eine Email mit Titel und Name zu unterstützen. Die Email-Adresse lautet: info@barisicin-akademisyenler.net

Quelle: <http://civaka-azad.org/erdogan-laesst-intellektuelle-inhaftieren-akp-naher-politiker-ruft-zum-massaker-auf/>

¹² <http://anfturkce.net/guncel/akademisyenler-tehditlere-karsi-barista-israrli> []

¹³ <http://www.taz.de/!5228936/> []



Niederlande: Streik im Hafen von Rotterdam

Nach der Nichterfüllung geforderter Beschäftigungsgarantien bei der Inbetriebnahme von zwei neuen Terminals im Industriegebiet Maasvlakte in Rotterdam (Niederlande) legten Mitglieder der Hafengewerkschaft FNV Havens am 7. Januar die Arbeit nieder. Vertreter/innen der ITF- und ETF-Sektionen Häfen und Mitglieder der belgischen Gewerkschaft BTB, der bundesdeutschen Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) sowie der französischen CGT-Geschäftsstelle Le Havre schlossen sich den Streikposten an. Der Sekretär der FNV Havens Niek Stam wies auf die Auswirkungen der zunehmenden Automatisierung und Überkapazität in den Containerterminals in Rotterdam hin: „Hunderte von Stellen werden aufs Spiel gesetzt, weil das Wirtschaftswachstum in Rotterdam einfach nicht ausreicht, um diese neuen und die bereits bestehenden Terminals zu unterhalten. Die Arbeitgeber spielen ‚Reise nach Jerusalem‘ mit unseren Arbeitsplätzen!“ „Gewerkschaftsmitglieder werden Maßnahmen ergreifen, weil sie wissen, dass sie ihre Rechte als hart arbeitende Männer und Frauen verteidigen müssen. Unsere Existenzgrundlagen und die Zukunft unserer Familien und Gemeinwesen hängen von menschenwürdigen, sicheren Arbeitsplätzen ab, und dafür lohnt es sich zu kämpfen.“ Die Gewerkschaft verlangt Beschäftigungssicherheit für alle Arbeitnehmer/innen, die am 1. Januar 2015 eine Festanstellung hatten, bis mindestens 2022. Verkehrsbeschäftigte in aller Welt erklärten sich mit den Hafenbeschäftigten in Rotterdam solidarisch, indem sie Fotos und Bericht, wie diesen hier, über soziale Medien verbreiteten.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 8.1.2016

Österreich: A1 Telekom: 1,5 Prozent mehr Gehalt

A1 Telekom Austria (Markenauftritt: A1) ist mit mehr als 5,4 Millionen Mobilfunk- und 2,3 Millionen Festnetz-Kunden der führende Kommunikationsanbieter in Österreich und betreibt eigene Netze für mobile sowie standortgebundene Telefonie. Das A1-Management und das Verhandlungsteam der Kommunikationsgewerkschaft GPF haben nach schwierigen Verhandlungsrunden am späten Abend des 25. November 2015 eine Einigung über die Gehaltserhöhungen für die Beschäf-

¹¹ <http://anfturkce.net/guncel/akademisyenler-gozaltina-alindi-yenilendi> []

tigten der Telekom Austria ab 1. Jänner 2016 erzielt. Ab 1. Jänner 2016 gilt für Beamte (inkl. Dienstzulage) und Angestellte (für KV- und Ist-Gehälter) eine Gehaltserhöhung von 1,5 Prozent. Außerdem wurde eine Mindesterhöhung zwischen 40 und 100 Euro brutto vereinbart, was vor allem niedrigen Gehältern zugutekommt. Auch die Lehrlingsentschädigung wird um 1,5 Prozent erhöht. Rufbereitschaftsentschädigungen werden überdurchschnittlich erhöht. „Dieser Kollektivvertrags- und Gehaltsabschluss bringt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der A1 Telekom Austria eine wirtschaftlich und sozial angemessene Gehaltserhöhung und stabile Arbeitsbedingungen“, zeigt sich A1-Betriebsratsvorsitzender Ing. Walter Hotz mit dem Verhandlungsergebnis zufrieden.

Quelle: <http://www.gpf.at>, 1.1.2016

Spanien: Ablehnung des Mindestlohn-Angebots

Die Gewerkschaftsverbände UGT und CCOO haben das Angebot der scheidenden Regierung, den Mindestlohn um knapp ein Prozent im Jahr 2016 zu erhöhen, abgelehnt. Der scheidenden Administration wurde von den beiden großen Gewerkschaften ihr Vorschlag zur Erhöhung des monatlichen Mindestlohns schriftlich übergeben und ihre Ablehnung gegen den staatlichen Vorschlag von 655,08 Euro begründet. Diese Erhöhung ist viel niedriger als die Forderung beider Gewerkschaften, die einen Anstieg des Mindestlohns von 11 Prozent im Jahr 2016 (bis 720 €) fordern und einen ähnlichen Prozentsatz im Jahr 2017 (bis 800 Euro). Beide Gewerkschaften erklärten, mit den von ihnen geforderten Erhöhungen würde sich der Mindestlohn in Spanien 60 Prozent des Netto-Durchschnittslohns nähern, wie in der von Spanien unterzeichneten Europäischen Sozialcharta empfohlen.

Quelle: www.plenglish.com, 28.12.2016

Tschechien: erstmals Tarifvertrag für Beamte

Premierminister Bohuslav Sobotka (Sozialdemokraten, CSSD) unterzeichnete einen Tarifvertrag mit Vertretern der Gewerkschaften für Beamte. Damit erhalten Staatsbedienstete zum ersten Mal einen Tarifvertrag. Der Tarifvertrag zwischen der Regierung und den Gewerkschaften regelt die Rechte und Pflichten beider Parteien. Es geht um mehr als 69 000 Staatsangestellte einschließlich der Mitarbeiter der Finanzbehörden, Sozialversicherungsverwaltung, Arbeitsämtern und anderen Stellen der Zentralregierung. Die Vereinbarung wurde zwischen der Regierung mit einer Vereinigung von staatlichen Stellen und Organisati-

onen, einer Vereinigung von zivilen Armeemitarbeitern, einer Vereinigung von Gesundheits- und Sozialarbeitern, und der Union der Bildungsarbeiter abgeschlossen. Die Unterzeichnung wurde vom stellvertretenden Innenminister für den öffentlichen Dienst Josef Postránecký überwacht. Das Dokument beinhaltet einige Vorteile für die Staatsbediensteten, darunter fünf freie Tage, Krankheitstage, Belohnungen für Dienstjubiläen und andere Arbeitsbedingungen. Es bietet auch die Möglichkeit der Vertragsparteien jährlich die Indexierung der Tarifierhöhungen der Beamten für das folgende Jahr zu diskutieren. Die Vereinbarung ist mit Wirkung vom 1. Januar 2016 gültig und gilt bis 31. Dezember 2016.

Quelle: www.praguepost.com/czech 22.12.2015

Ukraine: Minenarbeiter blockieren Straße nach Polen

300 ukrainische Bergleute des Staatsunternehmens (SE) Lvivvugillya blockierten am 11.1. frühmorgens nahe der Ortschaft Smerekiv eine der Hauptverkehrsstraßen zu Polen und forderten Gehaltsnachzahlungen. Dieser massive Protest war ein Ergebnis der ausbleibenden Reaktion der staatlichen Verantwortlichen der Lvivvugillya auf Streiks in drei Zechen in der Vorwoche. „Bergleute der Unabhängigen Gewerkschaft der Bergarbeiter der Ukraine (NPGU) erwarten konstruktive Maßnahmen von den Länderbehörden, um stabile Arbeitsbedingungen für die Bergleute in allen ukrainischen Gebieten zu gewährleisten“, sagte Mykhailo Volynets, der Leiter der NPGU. Er erwähnte auch, dass die Gehaltsschulden der SE Lvivvugillya an die Bergleute über 2 Millionen Euro (58 Millionen UAH, Währung Ukraine) ausmachen und die Bergleute nur 46% ihrer Gehälter für November-Dezember 2015 erhielten.

Quelle: <http://kvpu.org.ua>, 12.1.2016

Türkei: Repression gegen Beschäftigte

International Flavors & Fragrances (IFF), ein führender Anbieter von Lebensmittelzusatzstoffen für die globale Lebensmittelverarbeitungsindustrie, hat auf die gewerkschaftliche Organisation in seinem Betrieb in Gebze in der Türkei mit Masseneinstellungen reagiert. Nachdem der türkische IUL-Mitgliedsverband Tekgıda-Is (Gewerkschaft der Tabak-, Getränke- und Lebensmittelarbeiter) die Beschäftigten im Gebze-Betrieb im vergangenen Jahr organisiert hat, wurde die Gewerkschaft am 18. Juni 2015 vom Arbeitsministerium ordnungsgemäß als Verhandlungspartner für die Kollektivverhandlungen anerkannt. Die Gründung der Gewerkschaft durch die Beschäftigten erfolgte als Antwort auf

die schlechten Arbeitsbedingungen, wobei es Hinweise auf schwerwiegende Bedenken im Bereich der Gesundheit und Sicherheit gab. IFF erhob beim lokalen Arbeitsgericht Einspruch dagegen und entließ zwischen Juli und September 30 Arbeitnehmer, die ihr Recht auf Beitritt zu einer Gewerkschaft in Anspruch genommen hatten. Im Anschluss an die Kündigung eines namhaften Unterstützers der Gewerkschaft organisierte Tekgıda-Is vor den Toren der Fabrik eine Protestkundgebung und rief IFF in einer Pressemitteilung vom 7. September dazu auf, die Gewerkschaftsrechte zu respektieren und die Beschäftigten nicht länger unter Druck zu setzen, ihre Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft zurückzulegen. Als am Tag darauf zwei aktive Gewerkschaftsmitglieder entlassen wurden, demonstrierten die Beschäftigten vor der Fabrik. Das Management erhöhte den Druck auf die Arbeitnehmer/innen, aus der Gewerkschaft auszutreten, und stellte die Produktion vom 11. bis 13. September für drei Tage ein. Als die Arbeitnehmer am 14. September wieder zur Arbeit kamen, erfuhren sie, dass 17 weitere Beschäftigte entlassen worden waren; im Laufe des Monats wurden noch 10 weitere entlassen. Als Antwort auf diese eklatante Verletzung ihrer grundlegenden Rechte setzen die Beschäftigten ihren rund um die Uhr anhaltenden Protest vor den Fabriktoren fort. Letzte Woche baten wir euch um eure Unterstützung für die Beschäftigten, die entlassen wurden, weil sie ihr Recht auf Gewerkschaftsbeitritt wahrgenommen haben. Tausende von euch haben sofort reagiert und sich mit den Arbeitnehmer/innen solidarisiert. Botschaften an das Unternehmen werden von der IUL gesammelt und IFF in Form einer Petition vorgelegt. Eure Stimme wird gehört!

Quelle: <http://www.iuf.org>, 8.1.2016

Somalia: Attentat auf Gewerkschaftsführer

Ein wichtiger Führer der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung FESTU, Omar Faruk, ist am 29. Dezember in Mogadischu knapp den Schüssen dreier Killer entgangen, die außerhalb des Gewerkschaftsbüros auf ihn abgegeben wurden. IndustriALL schließt sich der IGB (ITUC) in der Verurteilung des versuchten Mordes an und fordert von der somalischen Regierung Maßnahmen, um die Einschüchterung zu stoppen und alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um weitere Angriffe auf Gewerkschafter des Landes zu verhindern. Omar Faruk Osman ist Generalsekretär der IGB-Mitgliedsorganisation Verband der somalischen Gewerkschaften (FESTU). FESTU ist der erste unabhängige und demokratische Gewerkschaftsdachverband des Landes.

Der FESTU-Generalsekretär wurde vor Betreten des Gewerkschaftsbüros angegriffen, er blieb unverletzt, aber einer seiner Leibwächter und zwei Fußgänger wurden schwer verletzt. Omar Faruk wurde viele Male von einigen radikalen Gruppen und andere Mitglieder der somalischen Regierung wegen seines Engagements, eine starke und unabhängige Gewerkschaft in seinem Land aufzubauen, bedroht. Dieses Attentat kann auch in Verbindung stehen mit Omar Faruks Haltung gegen ein umstrittenes Mediengesetz, das durch das Parlament verabschiedet wurde, und von ihm als Bedrohung der Medienfreiheit im Land beschrieben wird. In einer öffentlichen Erklärung sagte FESTU Präsident Ahmed Osman: „FESTU ist nicht mehr wegzudenken und Angriffe und Anschläge auf das Leben unserer Führer wird uns in der Erfüllung unserer historischen Mission, die Arbeitnehmer vor Ausbeutung, Unterdrückung und Unterwerfung zu schützen, nicht stoppen.“

Quelle: www.industrialall-union.org, 7.1.2016

Angola: Busfahrer streiken 2016 weiter

Streiks der Busfahrer verschiedener Gesellschaften hatte es in Luanda in den letzten Jahren mehrfach gegeben. Aber noch keinen so langen mit so großer Beteiligung: Von den 1 900 Beschäftigten der Transportgesellschaft TCUL befinden sich 95% im Streik, nur höhere Funktionäre beteiligen sich nicht – und das seit nunmehr über zwei Wochen. Der Belegschaft geht es vor allem um die Ausbezahlung rückständiger Löhne – seit rund neun Monaten erhalten immer mehr Beschäftigte nur noch Abschlagszahlungen. Was unter anderem dazu führt, dass es Dutzende Familien gibt, die verschriebene Medikamente nicht kaufen können, und diese Zahl wächst kontinuierlich, ebenso wie auch die Ernährung vieler zunehmend eingeschränkt werden muss. Die nächstliegende weitergehende Forderung ist damit auch logisch – es wird eine Veränderung der betrieblichen Krankenversicherung gefordert. Bisher hat das Unternehmen nicht auf den Streik reagiert – obwohl ein Gewerkschaftssprecher unterstrich, dass man auf den Dialog mit dem Unternehmen setzte und darauf warte, weil der aktuelle Zustand dazu führen könne, dass die Gewerkschaft die Kontrolle über die Protestbewegung verliere.

Quelle: <http://www.redeangola.info>, 4.1.2016

Pakistan: Arbeiterprotest gegen Massenkündigungen

141 Arbeitern der pakistanischen Tochtergesellschaft des Tabakriesen Philip Morris International wurde im November 2015 gekündigt, als sie zur

Arbeit kamen. 35 Arbeiter, die gegen diese Kündigungen friedlich protestierten, wurden am 6. Januar in der Stadt Mardan verhaftet unter Berufung auf das Gesetz zum Schutz der öffentlichen Ordnung, das für bis zu 90 Tagen Haft ohne Anklage ermöglicht. Die verhafteten Arbeiter wurden dann nach Bannu Jail gebracht, rund 250 Kilometer von Mardan entfernt und berüchtigt als Gefängnis für Inhaftierungen von Taliban-Aktivistinnen. Mit der Unterstützung der örtlichen Gewerkschaft, deren Präsident Abrar Ullah unter den Festgenommenen war, hatten die Arbeiter kontinuierlich vor den Werkstoren der Verwaltung protestiert, um eine Charta ihrer Anforderungen an das Management zu präsentieren. Diese weigerte sich, die Kündigungen zu diskutieren und übte Druck auf die Arbeiter aus, die Entlassungen zu akzeptieren. Um den Druck zu verstärken, wurde die Polizei gerufen. Eine Solidaritätsdelegation von der IUL-Mitglieds-Lebensmittelarbeiter-Föderation (PFWF) Pakistan solidarisierte sich nach den Massenverhaftungen vor der Polizeiwache. Nachtrag: Aufgrund der Solidaritätskampagne von IUL wurden die 35 Arbeiter und ihr Gewerkschaftspräsident am 10. Januar aus dem Gefängnis entlassen.

Quelle: www.iuf.org, 8.1.2016

Thailand: Vorgehen gegen Gewerkschafter

IndustriALL verurteilt die thailändische Militärregierung, die aufgrund des Versammlungsgesetzes 2015 mit neuen Befugnissen am 6.1. Gewerkschaftsmitglieder in Bangkok aufforderte, ihren friedlichen Protest zu beenden. Es folgte eine Kundgebung von 500 ausgesperrten Arbeitern des im japanischen Besitz befindlichen Autoteillieferanten Sanko Gosei außerhalb des Arbeitsministeriums am 6. Januar. Um 19 Uhr wurden drei Polizeieinheiten und Militärkräfte eingesetzt, um die Demonstration einzuschüchtern, die planten, die Nacht dort zu verbringen. Kurz danach wurde die Legitimation zweier Gewerkschaftsführer, Chalee Loysoong, Vize-Präsident der Thai Labour Solidarity Committee (TLSC) und Amorndech Srimuang, Präsident der Sanko Gosei Workers Union, die IndustriALL angegliedert ist, von den Behörden in Frage gestellt. Die Gewerkschaftsführer hatten tagsüber an Mediationsverhandlungen mit Sanko Gosei und dem Ministerium für Arbeit teilgenommen, während die Proteste außerhalb stattfanden. „Wir sind sehr besorgt, dass die Regierung mit Hilfe des Versammlungsgesetzes die legitimen Rechte der Arbeitnehmer eindämmen will, sich friedlich zu versammeln“, sagt Jyrki Raina, Generalsekretär IndustriALL. „Dies wi-

derspricht allen Normen und internationalen Standards.“ Das Versammlungsgesetz beinhaltet eine Strafe von bis zu zehn Jahren Gefängnis für die Störung oder Unterbrechung der öffentlichen Dienstleistungen. Im Oktober 2015 hatte IndustriALL eine offizielle Beschwerde bei der Internationalen Arbeitsorganisation gegen die Regierung von Thailand für schwere Verletzungen der Gewerkschaftsrechte eingereicht. Mehr als 600 Sanko Gosei Arbeiter, die alle Gewerkschaftsmitglieder sind, wurden, nachdem Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag und Prämienzahlungen abgebrochen wurden, weil dies für Sanko Gosei unrentabel sei, ausgesperrt. Die Sanko Gosei Gewerkschaft wirft dem Unternehmen vor, den Tarifstreit zu nutzen um die Gewerkschaft zu zerschlagen und Festangestellte durch Subunternehmer zu ersetzen. Der Arbeitsminister, General Sirichai Distakul, hat Berichten zufolge versprochen, die nächste Schlichtungssitzung zwischen der Gewerkschaft und dem Unternehmen zu besuchen.

Quelle: www.industrialall-union.org, 7.1.2016

Indonesien: Apple-Zulieferer bestreikt

Seit Montag streiken rund 2000 Beschäftigte der Firma Amtek Engineering in Batam, am Montagmorgen wurde eine Torblockade durch die Polizei aufgelöst. Der Streik richtet sich gegen den Kauf der US-Firma Interplex durch Amtek bzw. gegen die Umbenennung des neuen Unternehmens in Interplex, nach indonesischem Recht eine Unternehmensveränderung, die mit Abstandszahlungen an die Belegschaft verbunden ist. Wie es bei Apple üblich ist, ist diese Zulieferfirma in einer Sonderwirtschaftszone tätig, mit anderen Worten: Billigproduktion. In dem Bericht „Workers strike, block Apple subcontractor factory in Batam“ in der Jakarta Post wird der Sprecher der betrieblichen Organisation Gewerkschaft SPSI, Parulian Simanjuntak, mit der Aussage zitiert, die Belegschaft fordere seit Juli letzten Jahres, also seit der offiziellen Umbenennung, ihre Rechte ein und erst nachdem die politischen und Behördenvertreter nichts unternommen hätten, sei der Streik beschlossen worden – der nun bis Ende Januar gehen soll, oder länger, falls bis dahin keine Ergebnisse erreicht worden seien. Die Verantwortlichen der Sonderwirtschaftszone wiederum sagten gegenüber den Medien, die einzige Antwort, die vom Unternehmen aus Singapur vorliege, sei die Aufforderung, die Arbeit wiederaufzunehmen – sonst werde das Unternehmen nach Vietnam verlagert.

Quelle: www.thejakartapost.com, 12.1.2016

Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall. #ausnahmslos

BERLIN. In der Silvesternacht auf 2016 waren in Köln und anderen deutschen Städten viele Frauen sexualisierter Gewalt an öffentlichen Plätzen ausgesetzt. Diese Taten müssen zügig und umfassend aufgeklärt werden. Die Schutzlücken im Straftatbestand der sexuellen Nötigung/Vergewaltigung müssen endlich geschlossen werden.

Wir fordern, dass den Betroffenen jetzt alle Unterstützung und Hilfe zukommt, die sie benötigen. Wir stehen solidarisch mit all denjenigen, die sexualisierte Gewalt und Belästigung erfahren und erfahren haben.

Wer wir sind: Als Feminist_innen¹ aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen setzen wir uns seit vielen Jahren für Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und für eine offene und faire Gesellschaft ein, engagieren uns gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt. Dabei haben wir gelernt, wie wichtig es ist, auch gegen Rassismus und andere Formen von Diskriminierung zu stehen.

Dafür setzen wir uns ein: Der konsequente Einsatz gegen sexualisierte Gewalt jeder Art ist unabdingbar und von höchster Priorität. Es ist für alle schädlich, wenn feministische Anliegen von Populist_innen instrumentalisiert werden, um gegen einzelne Bevölkerungsgruppen zu hetzen, wie das aktuell in der Debatte um die Silvesternacht getan wird.

Sexualisierte Gewalt darf nicht nur dann thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich „Anderen“ sind: die muslimischen, arabischen, Schwarzen oder nordafrikanischen Männer – kurzum, all jene, die rechte Populist_innen als „nicht deutsch“ verstehen. Sie darf auch nicht nur dann Aufmerksamkeit finden, wenn die Opfer (vermeintlich) weiße Cis²-Frauen sind. Der Einsatz gegen sexualisierte Gewalt muss jeden Tag ausnahmslos politische Priorität haben, denn sie ist ein fortwährendes Problem, das uns alle betrifft. 2014 ergab eine Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), dass mehr als die Hälfte aller Frauen bereits sexuell belästigt wurde und ein Drittel sexualisierte und/oder physische Gewalt erlebte. Die polizeiliche Kriminalstatistik weist jährlich mehr als 7.300 angezeigte Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen in Deutschland aus³, das sind zwanzig jeden Tag. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher.

<http://ausnahmslos.org> – Verfasser_innen: Kübra Gümüşay, Anne Wizorek, Emine Aslan, Stefanie Lohaus, Teresa Bückler, Keshia Fredua-Mensah, Gizem Adıyaman, Dudu Küçükçöl, Helga Hansen, Kristina Lunz, Nicole von Horst, Antje Schrupp, Sookee, Gesine Agena, Jasna Strick, Yasmina Banaszczuk, Lavinia Steiner, Katrin Gottschalk, Ninia LaGrande, Hengameh Yaghoobifarah, Makda Isak, Melahat Kisi.

1 Das sogenannte Gender Gap, signalisiert durch den Unterstrich, bietet Platz für Menschen, die sich außerhalb der binären Geschlechterkategorien Mann-Frau einordnen.

2 Mit der Vorsilbe Cis werden Personen bezeichnet, die sich mit ihrem bei der Geburt zugeordneten Geschlecht identifizieren.

3 Bundesministerium des Inneren: Polizeiliche Kriminalstatistik 2014, S. 4

Alle Menschen sollen sich von klein auf, unabhängig von ihrer Ethnie, sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität, Religion oder Lebensweise, sicher fühlen und vor verbalen und körperlichen Übergriffen geschützt sein: egal ob auf der Straße, zu Hause, bei der Arbeit oder im Internet. Ausnahmslos. Das sind die Grundlagen einer freien Gesellschaft.

Für diese politischen Lösungen setzen wir uns ein:

1. Die Arbeit der Beratungsstellen muss gestärkt und ihr Angebot ausgebaut werden, einschließlich Therapie-möglichkeiten und besserem, schnelleren Zugang zu Therapieplätzen. Auch die Arbeit von Frauenhäusern muss gestärkt und vor allem finanziell ausreichend abgesichert werden. Alle Beratungsstellen und -angebote müssen barrierefrei sein.

2. Die Gesetzeslage muss angepasst werden: Sexuelle Belästigung ist in Deutschland immer noch keine eigenständige Straftat. Und ob eine Vergewaltigung als strafbar gilt, wird zum Beispiel auch daran festgemacht, ob sich die betroffene Person ausreichend zur Wehr setzte.

3. Mehr öffentliche Aufklärungsarbeit hilft, Gewalt zu vermeiden, und signalisiert den Betroffenen, dass sie sich Hilfe holen und mit gesellschaftlicher Unterstützung rechnen können. Wir möchten dafür sensibilisieren, dass die Gefahr, Sexismus und sexualisierte Gewalt zu erleben, im engen sozialen Umfeld besonders groß ist und in allen gesellschaftlichen Gruppen vorkommt.

4. Auch eine geschlechtersensible Pädagogik kann (sexualisierter) Gewalt vorbeugen. Dazu zählt nicht zuletzt die Aufklärung über Geschlechterstereotype und die Bedeutung von Sprache.

5. Polizei und Justiz müssen geschult werden, damit es überhaupt zur Strafverfolgung kommt und in diesen Prozessen sensibel und respektvoll mit Betroffenen umgegangen wird.

Für diese gesellschaftlichen Lösungen setzen wir uns ein:

6. Die Debatte über sexualisierte Gewalt muss offen, kritisch und differenziert geführt werden. Dazu gehört die Analyse, Aufarbeitung und Bekämpfung von soziokulturellen und weltanschaulichen Ursachen von Gewalt. Dringend muss auch über Auswirkungen gesellschaftlicher Stigmatisierung von Betroffenen sexualisierter Gewalt gesprochen werden.

7. Betroffene sexualisierter Gewalt müssen ernst genommen werden. Es darf keine Täter_innen-Opfer-Umkehrung, wie in Form von Verhaltensregeln für Betroffene, und keine Verharmlosung geben.

8. Sexismus und Rassismus sind nicht Probleme „der Anderen“: Wir alle sind von struktureller Diskriminierung geprägt und müssen erlernte Vorurteile erst einmal reflektieren, um sie abzu-legen.

9. Wer Zeug_in von sexualisierter Gewalt und Sexismus wird, sollte nicht wegschauen, sondern eingreifen – von Hilfe und Beistand bei sexualisierten Übergriffen bis zum Einspruch gegen sexistische Sprüche, „Witze“ oder Werbung.

Für diese medialen Ansätze setzen wir uns ein:

10. Die mediale Berichterstattung über sexualisierte Gewalt darf die Opfer nicht verhöhnen und die Taten nicht verschleiern. Täter sollten nicht als „Sex-Gangster“ oder „Sex-Mob“ beschrieben – da sexualisierte Gewalt nichts mit Sex zu tun hat – und häusliche Gewalt nicht als „Familien-“ oder „Beziehungs-drama“ verharmlost werden.

11. Sexismus und andere Diskriminierungsformen müssen als Nährboden für sexualisierte Gewalt verstanden und als reale und bestehende Probleme anerkannt werden. Es muss ernst genommen werden, wie die mediale Darstellung u.a. weiblicher Körper als Lustobjekte mit sexualisierter Gewalt verknüpft ist. Sexismus darf weder im Alltag noch in der Werbung und in den Medien Platz haben.

12. Das Problem des Sexismus und der sexualisierten Gewalt darf nicht „islamisiert“ und damit pauschal einer Religion und ihren – häufig vermeintlichen – Angehörigen zugeschrieben werden. Damit werden mindestens 5 Millionen Menschen in Deutschland unter Generalverdacht gestellt. Redaktionen sollen reißerische und stigmatisierende Deutungen vermeiden, denn diese ziehen konkrete negative Folgen für Mitglieder unserer Gesellschaft nach sich.

13. Die Bildsprache ist frei von rassistischen und sexistischen Klischees zu halten. Bilder wirken unterbewusst und können selbst eine differenzierte Berichterstattung torpedieren.

14. Redaktionen müssen vielfältiger werden. Nach wie vor sind nur ein Bruchteil der Journalist_innen in Deutschland nicht-deutscher Herkunft und Berufswege stehen vor allem Menschen mit formal hoher Bildung offen. Männlich, heterosexuell und weiß dominierte Chefredaktionen tragen dazu bei, dass Themen, die andere Geschlechter, Ethnien und Minderheiten betreffen, nicht mit ausreichend Raum und Kompetenz behandelt werden.



Schulterschluss von Bauern und Verbrauchern: Starkes Signal gegen Agrarindustrie

BERLIN. Trotz eisiger Temperaturen und angeführt von 130 Traktoren – so viele wie nie zuvor – haben heute 23 000 Bauern und Verbraucher gemeinsam in Berlin für eine Agrarwende demonstriert. Unter dem Motto „Wir haben Agrarindustrie satt! Keine Zukunft ohne Bäuerinnen und Bauern“ zogen sie zum Bundeskanzleramt und forderten von der Bundesregierung die Weichen für eine bäuerliche und ökologischere Zukunftslandwirtschaft zu stellen. Bauern, Imker, Tier- und Naturschützer, Aktive in der Entwicklungszusammenarbeit, Lebensmittelhandwerker und Köche demonstrierten für Bauernhöfe, die umwelt- und klimafreundlich wirtschaften, damit das Recht auf Nahrung weltweit sichern, starke Strukturen im ländlichen Raum erhalten, artgerechte Tierhaltung verwirklichen, gentechnikfrei arbeiten und deren Grundsatz fairer Handel ist.

„Angesichts der katastrophalen und strukturzerstörenden Erzeugerpreise für Milch und Schweinefleisch ermutigen dieser starke Rückhalt und die Wertschätzung der Gesellschaft, den Kampf für den Erhalt unserer Höfe energisch zu führen“, so Ottmar Ilchmann, Milchbauer aus Ostfriesland.

„Die Agrarpolitik in Berlin und Brüssel ist verantwortlich für die Rahmenbedingungen, die zu Überproduktion und Erzeugerpreisen deutlich unter den Produktionskosten führen. Dabei zerstören Agrarexporte zu Dumpingpreisen für den Weltmarkt bäuerliche Strukturen und regionale Märkte für Bauern hier und in der ganzen Welt. Die Bundesregierung muss jetzt umsteuern, damit es sich für Bauern lohnt, gute Lebensmittel für den heimischen Markt zu produzieren.“

www.wir-haben-es-satt.de/start/home/

Ostermarsch Rhein Ruhr: Fluchtursachen erkennen – Verantwortliche benennen – Kriegsursachen beseitigen! Rüstungsexporte stoppen, Atomwaffen ächten, zivile Lösungen schaffen!

Hunderttausende von Menschen suchen gegenwärtig in unserem Land Zuflucht, weil ihre Heimatländer durch Kriege und Terror unbewohnbar ge-

worden sind. Die Regierungspolitiker Deutschlands und anderer EU-Staaten beantworten diese katastrophale Entwicklung bisher nur damit, dass sie um „Flüchtlingsquoten“ feilschen. Sie wollen Flüchtlinge mit Gesetzesverschärfungen abschrecken. Generell soll eine Atmosphäre feindseliger Abschottung geschaffen werden, die selbst vor Auffanglagern, Grenzzäunen und Mauerbau nicht Halt macht. Es wird von einer „Flüchtlingskrise“ gesprochen, als wären die Flüchtlinge Schuld an den Verhältnissen, vor denen sie fliehen. Die wahren Fluchtursachen sind die fortgesetzten Kriege in Somalia, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien; die Diktaturen z.B. in Eritrea. Für die Fluchtursachen ist besonders Deutschland mit verantwortlich. Am deutlichsten wird das bei den unverminderten deutschen Rüstungsexporten für Oman, Katar und Saudi-Arabien. Saudi-Arabien und die Türkei unterstützen den Islamischen Staat, dessen wichtigster Nährboden der fortgesetz-

te Krieg in Syrien ist. Jede Waffe, die aus Deutschland geliefert wird, heizt kriegerische Auseinandersetzungen in der Region weiter an. Die Folgen betreffen auch Europa direkt. Wir fordern daher als Sofortmaßnahmen von der Bundesregierung die Zurücknahme aller Genehmigungen für Rüstungsexporte in den Nahen und Mittleren Osten und von der EU ein striktes allgemeines Waffenembargo!
<http://www.ostermarsch-ruhr.de>

Erwerbslosen Forum Deutschland rät zu massenhaften Widersprüchen gegen Leistungsbescheide der Jobcenter

BONN. Das Erwerbslosen Forum Deutschland hat heute in einem Newsletter mehrere zehntausend Hartz IV- und Sozialhilfebezieher in einem Rundbrief geraten, Widerspruch gegen die Bescheide ab 1. Januar einzulegen. Ein



entsprechender Musterwiderspruch wurde ebenfalls beigelegt. Grund dafür ist, dass die Bundesregierung die jährliche Anpassung der Regelleistung nicht gesetzeskonform vorgenommen hat. Damit dürften die ab dem nächsten Jahr geltenden Regelsätze höchstwahrscheinlich verfassungswidrig sein, da diese unter anderem noch auf der Grundlage der Einkommens- und Verbraucherstichprobe (EVS) aus dem Jahr 2008 beruhen, obwohl eine Auswertung der EVS aus dem Jahr 2013 bereits am 10. September vorlag. Nach dem Urteil des sogenannten Hartz IV-Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 mussten die Berechnungsgrundlagen der Regelsätze neu geregelt werden. Dies betraf auch und insbesondere die jährlichen Anpassungen, die auf den Grundlagen der allgemeinen Lohnsteigerungen und der Preisentwicklung sowie einer alle fünf Jahre erscheinenden Einkommens- und Verbraucherstichprobe (EVS) die Regelsätze durch ein Bundesgesetz neu ermittelt werden müssen. Obwohl die Auswertung der EVS 2013 bereits am 10. September vorlag, hatte

OSTERMARSCH

Rhein Ruhr 2015

Kriege stoppen
Atomwaffen ächten
Zivile Lösungen schaffen

Freitag 3.4.15 11:27 Gronau Hauptort der Un- terschiedsuntersuchung (URENCO) Samstag 4.4.15 10:30 - 12:00 Duisburg Kunstmuseum 12:30 - 13:15 Duisburg Kunstmuseum 14:00 - 14:30 Düsseldorf OGG Haus Friedrich Ebert Str. 15:30 - 18:00 Düsseldorf Marktplatz vor dem Rathaus	Sonntag 5.4.15 09:30 - 10:40 Essen Willy Brandt Platz 11:40 - 12:30 Gelsenkirchen Stadthaus 13:00 - 13:30 Witten Friedenskirche am August Bebel Platz 14:30 - 15:00 Herne Kreuzkirche 16:15 - 18:00 Bochum Bahnhof Langendreer	Montag 6.4.15 10:00 - 10:50 Bochum ev. Kirche Weine 11:00 - 11:30 Bochum Dortmunder Kriegsdenkmal 12:00 - 13:15 Dortmund Marten in der Melle 14:20 - 14:40 Dortmund Dortmunder 15:15 - 15:30 Dortmund Platz von Herzhofen 16:15 - 20:00 Dortmund Widderhaus - Städtische
--	--	--

www.ostermarsch-ruhr.de

das Bundeskabinett am 23. September nur eine jährliche Anpassung an die Löhne und Preise beschlossen und die neuen Daten der Einkommens- und Verbraucherstichprobe unter den Tisch fallen lassen. <http://www.elo-forum.net>

Reform der Pflegeausbildung: Paritätischer kritisiert Pläne der Bundesregierung

BERLIN. Als unfertig und handwerklich noch nicht zu Ende gedacht kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband die heute im Kabinett verabschiedeten Pläne für ein Pflegeberufsgesetz, mit dem eine generalistische Pflegeausbildung eingeführt werden soll. Angebots noch offener Fragen, insbesondere zur Umsetzung der Reform, rät der Verband dringend von einer schnellen Verabschiedung des Gesetzes ab. „Der vorliegende Gesetzentwurf wirft im Moment noch mehr Fragen auf, als dass er Probleme zuverlässig lösen würde. Wenn der Bundesregierung an Qualität und Attraktivität der Pflegeberufe gelegen ist, muss sie Gründlichkeit vor Schnelligkeit walten lassen und hier dringend noch einmal nacharbeiten“, fordert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes.

Mit der Reform sollen die bisher drei eigenständigen Ausbildungsberufe der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege in einer einheitlichen Pflegeausbildung zusammengefasst werden. Um die Attraktivität des Pflegeberufes zu erhöhen, sei die Rahmenbedingungen der Ausbildung und auch die Durchlässigkeit zwischen Einsatzgebieten zwar ein zentraler Schlüssel, so der Verband. Aber schon die grundsätzliche Frage, ob eine generalistische Ausbildung die richtige Lösung sei, bedürfe angesichts des vorliegenden Entwurfes noch einer weiteren Diskussion. So stelle sich mit Blick auf die Skepsis vieler Praktiker tatsächlich die Frage, ob insbesondere Kinderkrankenwestern mit einbezogen werden sollten.

„Unabhängig von der Frage, wie weit sich die Pflege eines Frühgeborenen mit der eines alten Menschen vergleichen lässt, ist von noch größerer Bedeutung die Frage, wo die Ausbildungseinsatzstellen für die vielen Pflegerinnen und Pfleger im Bereich der Säuglings- und Kinderpflege herkommen sollen. Statt 2.500 müssten mit Inkrafttreten des Gesetzes künftig jährlich rund 40.000 Auszubildende Pflichteinsätze in der Kinderkrankenpflege absolvieren“, so Schneider.

Der Verband sieht darüber hinaus insbesondere noch Klärungsbedarf bezüglich der Finanzierung der Pflegeausbildung. Auch sei die Frage der tatsächlichen Ausbildungsinhalte noch nicht hinreichend konkretisiert worden. www.der-paritaetische.de

BuGa-Klage: verloren und doch gewonnen

Am 21. Dezember 2015 konnte man in der Rhein-Neckar-Zeitung und dem Mannheimer Morgen (MM) lesen, dass die von zwei Einzelpersonen, mit Unterstützung der „Bürgerinitiative Mannheim 23 – keine BuGa 2023“, beim Verwaltungsgericht Karlsruhe (VG) eingereichte Klage gegen die Bundestagsschau (BuGa) gescheitert ist. Schon die sogenannte formelle Prüfung des VG hat ergeben, dass die Klage unzulässig ist.

Einen Bürgerentscheid könne man nicht anfechten, so das VG, da er wie ein Gemeinderatsbeschluss zu werten sei und daher mangels Außenwirkung kein Verwaltungsakt (VA) ist. Aber nur ein VA ist als nichtig oder fehlerhaft anfechtbar. Zuständig für die Prüfung der Rechtmäßigkeit des Bürgerentscheids wäre das Regierungspräsidium in Karlsruhe als Aufsichtsbehörde gewesen.

Dem Rechtsanwalt, der die Kläger vertreten hat, müssten eigentlich die Ohren klingeln, wegen der Backpfeifen, die ihm das VG sinnbildlich versetzt hat. Ihm wurde im Prinzip völlige Ahnungslosigkeit im Verwaltungsrecht attestiert.

Die Kläger hatten als Begründung für ihr Vorgehen im Wesentlichen angeführt, dass EU-Ausländer und 16- und 17-jährige an dem Entscheid teilnehmen durften, dass die Fragestellung unsachlich und tendenziös gewesen sei und dass in den Wahllokalen die amtliche Broschüre ausgelegt habe, die die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger bereits mit den Abstimmungsunterlagen zugesandt bekommen hatten.

Es wäre wirklich wünschenswert, wenn die Kläger nun beim Regierungspräsidium gegen den Bürgerentscheid vorgehen würden, damit auch materiellrechtlich die ganze Absurdität ihrer Vorwürfe und Behauptungen zu Tage treten würde.

Aber das erscheint unwahrscheinlich. Wie dem MM zu entnehmen war, sehen die Kläger ihr Ziel weitestgehend damit erreicht, dass es mit großer Wahrscheinlichkeit keine BuGa geben wird, wie sie eigentlich gemäß Gemeinderatsbeschluss und Bürgerentscheid hätte stattfinden sollen.

Und damit sind wir beim eigentlichen Problem, nämlich dem, wie wir zukünftig mit demokratisch zustande gekommenen Entscheidungen umgehen.

Eines der Hauptargumente der Bu-

Ga-Gegner und der Kläger war ja, dass sich die Verwaltung und Teile des Gemeinderats nicht „neutral“ bei der Abstimmung verhalten hätten. Natürlich haben sich OB Kurz und die Verwaltung nicht neutral verhalten. Das konnten sie gar nicht. Es gab nämlich einen mit Dreiviertelmehrheit zustande gekommenen Gemeinderatsbeschluss, dass Mannheim eine BuGa 2023 durchführen soll. Die Verwaltung hatte also die Aufgabe, diesen Beschluss umzusetzen und in der Öffentlichkeit dafür einzustehen. Deshalb ist das Gejammer über die mangelnde Neutralität der Verwaltung nur ein weiterer Beleg für die groteske Wahrnehmung politischer Entscheidungsprozesse durch die BuGa-Gegner. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass die Gemeinderatsmehrheit sich zum Zeitpunkt ihres Zustandekommens auf eine ebenso breite Mehrheit in der Bevölkerung stützen konnte. Sogar die ML, die heute so tut, als sei sie von Anfang an gegen die BuGa gewesen, hatte

im November 2011 einen vor Begeisterung sprühenden Antrag im Gemeinderat gestellt, eine BuGa auf Spinelli und der Au durchzuführen.

Es ist zwar richtig, dass die Mehrheitsentscheidung zur BuGa letztendlich knapp war. Aber waren die BuGa-Gegner tatsächlich bei Würdigung aller Umstände propagandistisch stark benachteiligt? Man tritt z. B. dem MM sicherlich nicht zu nahe, wenn man be-

hauptet, dass dessen Berichterstattung durch die maßgeblichen Redakteure Martin Tangl und Thorsten Langscheid den BuGa-Gegnern sehr gewogen war und bis heute ist (siehe etwa die Berichterstattung zur Mitgliederbefragung der CDU und zur Gemeinderatsentscheidung Aubuckelstraße). Diese Berichterstattung hat mit Sicherheit ganz wesentlich zum hohen Stimmenanteil der BuGa-Gegner beigetragen.

Seit dem Bürgerentscheid vom September 2013 läuft ein einziger Propagandafeldzug der BuGa-Gegner mit mittels Leserbriefen und Artikeln im MM, mit Internetkampagnen und allerlei Verschwörungstheorien und Falschbehauptungen. Zum Repertoire gehört es beispielsweise zu behaupten, man könne mit 15 bis 20 Millionen Euro in der gleichen Zeit und in der gleichen Qualität einen Grünzug Nordost entwickeln, wie mit 100 Millionen Investitionskosten (davon 40 Millionen Euro als Zuschuss) für die



BuGa. Der „Erfolg“ hat sich eingestellt. Zahlreiche Mitglieder des Gemeinderats, vor allem aus der CDU, fühlen sich seit geraumer Zeit nicht mehr an die Mehrheitsentscheidung des Bürgerentscheids und selbst an ihre eigenen Entscheidungen im Gemeinderat gebunden. Populismus ersetzt Mehrheiten. Die Demokratie wird so lange verbogen, bis sie der Minderheit passt. Übrigens auch mit tätiger Mithilfe der Gemeinderatsfraktion der Grünen. Die – weil ihre Maximalforderung des kompletten Entfalls der Aubuckelstraße nicht erfüllt werden kann – lieber riskiert, dass in Sachen Grünzug alles dem Dornröschenschlaf anheimfällt, der Bürgerentscheid ausgehebelt und damit eine einmalige ökologische Chance verpasst wird.

Der Duktus des Prozesses ist demnach klar: Demokratie ist nur das, was bestimmte Kreise dafür halten. In den zahlreichen Leserbriefen im MM konnte man das nachlesen. Von Manipulation durch die Verwaltung und den OB wurde fabuliert. Und immer wieder war in ihnen davon die Rede, dass die Mehrheit für die BuGa nur durch „die Migranten“ zustande kam, oder auch, dass es ja unmöglich sei, dass die innerstädtischen Bezirke zu bestimmen hätten, was vor der Haustür der Feudenheimer und Käfertäler zu geschehen habe. Nicht immer wörtlich war das zu lesen, aber unverkennbar im Kontext. Diesem blanken Chauvinismus reden nicht nur noch zahlreiche Stadträtinnen und Stadträte das Wort und befördern ihn damit kräftig, sondern sie geben auch klar zu verstehen, dass ihnen offensichtlich alles egal wird, sobald sie etwas unter Druck geraten.

Alles Übertreibung? Wohl kaum, wenn BuGa-Gegner sogar gegen die Wahlberechtigung von EU-Ausländern gerichtlich zu Felde ziehen, obwohl Bürgerentscheide auf Grundlage des Kommunalwahlrechts abgehalten werden und bei Kommunalwahlen EU-Ausländer schon lange das aktive und passive Wahlrecht haben. Wie windweich muss man als Gemeinderatsmitglied eigentlich sein, um zu so einem widerlichen Vorgehen nicht nur nichts zu sagen, sondern im Gegenteil, auch noch politisch davor zu kuschen? Ganz nebenbei sei noch darauf hingewiesen, dass der Gemeinderat selbst beschlossen hatte, den Bürgerentscheid abzuhalten. Die BuGa-Gegner mussten also noch nicht einmal aufwändig Unterschriften sammeln, um ihn überhaupt durchsetzen zu können.

Wir merken also an: Man kann in Mannheim bei Wahlen, Abstimmungen und vor Gericht verlieren. Aber durch jahrelange Impertinenz ist es trotzdem möglich, als meinungsstarke Minderheit aus mehreren Niederlagen einen Sieg zu kreieren. *Steven Kunz, Kommunalinfo Mannheim*

Die Stadtwerke München (SWM) stehen als GmbH nur noch unter mittelbarer Kontrolle des Stadtrates, dennoch kann die Stadt München über den Aufsichtsrat gestaltenden Einfluss auf die Geschäftspolitik nehmen. In den zwei Jahrzehnten der rot-grünen Rathauskoalition – seit 2008 besteht eine Mehrheit aus SPD und CSU – verfolgten die Stadtwerke München das Ziel, sich eigene Energiequellen zu erschließen und dabei politisch Punkte als Treiber der Energiewende zu machen. Da Wasser, Wind und Sonne auf dem Territorium der Landeshauptstadt den Bedarf der Metropole bei weitem nicht decken, haben die Stadtwerke ehrgeizige Auslandsinvestments unternommen. Zum Teil in Windparks und in Sonnenenergieexperimente, ganz massiv aber auch in die Erschließung von Erdgas und Erdölvorkommen in der Nordsee. Die Beteiligungen erfolgten in der sicheren Erwartung fortwährend steigender Preise für die fossilen Energieträger. Die tatsächliche Preisentwicklung trifft dieses Engagement hart. (Siehe dazu Brigitte Wolf in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift bzw. in MitLinks Nr. 54, http://flink-m.de/uploads/media/20151207_MitLinks54.pdf). Es scheinen aber gute höhere Mächte zu walten, denn tief unter der kargen Kiesfläche, auf der die Stadt gebaut ist, liegt und fließt ein gewaltiger Vorrat an Heißwasser. Auf dem Stadtgebiet gibt es auch schon erfolgreiche Pilotprojekte, weitere Bohrungen sind

geplant. Zur Zeit läuft eine stadtweite Echolotung, zusammen mit neuester Rechner Technik soll dabei eine dreidimensionale Karte der Schichtungen entstehen, so dass man gezielte Erschließungsbohrungen niederbringen kann. Ein alter Spruch der Bergleute heißt: „Vor der Hacke ist es dunkel“. Ob die neue Technik die Erschließungsrisiken, die damit angesprochen werden tatsächlich minimiert? Die große Verschiebung bedeutsamer Faktoren – steigende Risiken bei auswärtigen Erschließungsversuchen – Entdeckung neuer Bodenschätze unter der Stadt – Minimierung des Erschließungsrisikos durch neue Technologien haben ein Szenario geschaffen, in dem politisch-ideologische, technisch-wissenschaftlich und finanzielle Faktoren neue politische Konstellationen schaffen. Ein Bürgerbündnis tritt mit einer unternehmerischen Idee an. Die Stadtwerke suchen die Zusammenarbeit mit dieser Initiative. Es werden gemeinsame Arbeitsgruppen gebildet. Die harte blockierende Ja/Nein-Entscheidung (Raus aus ...) hat einen Prozess der Arbeit am Problem eingeleitet. Verständlich, denn die Stadtwerke werden bei der Umrüstung der Versorgungseinrichtungen Geduld und Wohlwollen der Kundschaft genauso brauchen wie Rücksicht der städtischen Haushälter bei der Erhebung von Konzessionsabgaben und Haushaltsabführungen. Wir berichten weiter.

Martin Fochler

München will „Raus aus der Steinkohle“

Steinkohle
Begründungen für ein Bürgerbegehren:

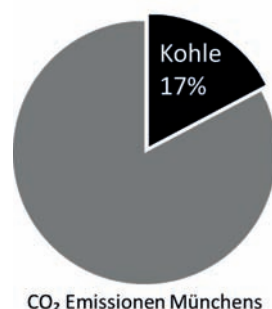
Vielen Münchnern ist nicht bekannt, dass die Stadtwerke München das Heizkraftwerk „HKW München Nord Block 2“ noch bis 2035 mit Steinkohle betreiben wollen.

Somit wird München weiterhin zu über 40 % mit klimaschädlichem Kohlestrom und Kohlewärme versorgt.

Die folgenden Tatsachen belegen, dass dies unverantwortlich ist und der schnellstmögliche Ausstieg aus der Kohleverbrennung bis spätestens 2022 notwendig und zudem durchaus machbar ist:

Klimakiller Nr. 1

Das Steinkohlekraftwerk ist der Klimakiller Nr. 1 in München.



Es emittiert 17% der CO₂-Emissionen Münchens und damit **mehr als alle Autos und LKWs in München zusammen**. Dies entsteht bei der Verbrennung von 800 000 t Steinkohle pro Jahr bzw. 1,5 t pro Minute! Dabei oxidiert der Kohlenstoff zur 2,7 fachen Menge an CO₂.

Quellen: • Fakten zum HKW (S.15 bzgl. der Menge)¹ • Anteil des Verkehrs am CO₂Münchens: Klimaschutzbericht der LH München (S. 29)²

Steinkohle ist ein finanzielles Risiko

Das Steinkohlekraftwerk ist ein gro-

ßes finanzielles Risiko für München. Sobald die CO₂-Emissionspreise steigen oder ein Kohleausstiegsgesetz beschlossen wird, drohen den SWM erhebliche Belastungen in Millionenhöhe.

Ein Beispiel? E.on verbucht Rekordverlust von 7 Milliarden Euro (siehe Spiegel Online)³

Der vorzeitige Ausstieg ist möglich

Laut SWM ist die Fernwärmeversorgung bei vorzeitiger Abschaltung gewährleistet. Der Ausstieg bis 2022 lässt den SWM genug Zeit, um die Alternativen umzusetzen (s. SWM/Öko-Institut Gutachten).

Quelle: • SWM/Öko-Institut Gutachten⁴ (Anfang 2014 wurde dabei die Realisierbarkeit bis 2020 bestätigt)

100% regenerativ durch Geothermie

München kann sich durch die Lage im für Geothermie geeigneten Gebiet bis zu 100% regenerativ versorgen. Der von den SWM geplante Umstieg auf Geothermie und die Umstellung des Fernwärmenetzes auf Heißwasserbetrieb muss beschleunigt werden. Pro Jahr ist mindestens eine Geothermieanlage realisierbar (s. Auskunft SWM). **Weiterführende Links:** • Potentiale für tiefe Geothermie⁵ • Bisherige Anlagen in München⁶ • Karten zu Erneuerbaren Energien⁷ • Umstieg auf Heißwasserbetrieb (sagen die SWM bereits seit 2007, S.8)⁸

Günstig CO₂ einsparen

Die Abschaltung des Steinkohlekraftwerks ist die mit Abstand günstigste CO₂-Einsparmaßnahme für die Münchner Bürgerschaft.

Weiterführender Link: • Vergleich zum Klimaschutzprogramm der LH München⁹

Quecksilber

Bei der Steinkohleverbrennung wird



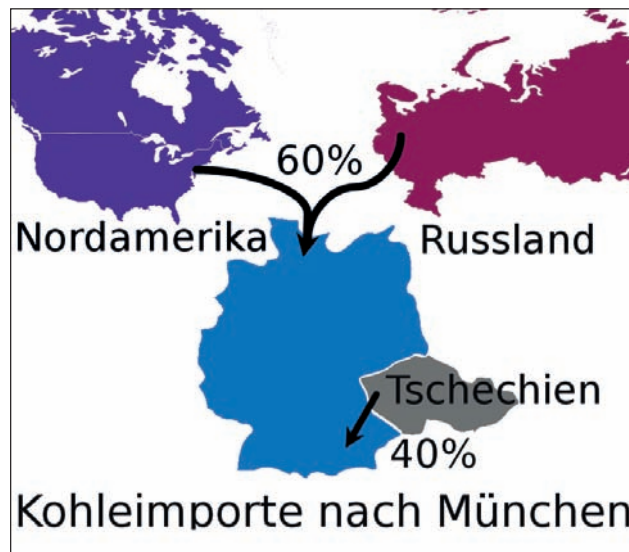
hochgiftiges Quecksilber freigesetzt, das von Mensch und Tier aufgenommen wird.

Weiterführender Link: • SWM-Emissionsdaten der Kohle¹⁰

Import von Steinkohle ist problematisch

Der Steinkohleabbau zieht weltweit massive Naturzerstörung und Menschenrechtsverletzungen nach sich. In München wird ausschließlich importierte Kohle verbrannt.

Quellen: • SWM Kohleimporte¹¹ (am Ende der Seite) • SWM Kohlebezug seit 1990¹²



Das Klima retten

Wenn wir den weltweiten Klimaschutz JETZT nicht ernst nehmen, werden die zu erwartenden Naturkatastrophen und Hungersnöte mehrere Hundert Millionen Menschen ihrer Lebensgrundlage berauben. Wir machen sie damit zu „Klimaflüchtlingen“. (s. Bericht der UN und IOM)

Weiterführende Links: • Interview des BR¹³ (29.11.2015) • International Organization for Migration: Migration and Climate Change¹⁴ • Greenpeace, 2007: Studie: Klimaflüchtlinge – die verleugnete Katastrophe¹⁵ • ZDF Doku: Flucht vor dem Klimawandel¹⁶ • FAZ: Die Klimaflüchtlinge kommen¹⁷

Steinkohle – eine Dinosaurier-technologie

Bei der Umstellung auf erneuerbare Energien sind zum Ausgleich von Schwankungen im Energieverbrauch flexibel arbeitende Kraftwerke notwendig. Steinkohlekraftwerke sind sehr unflexibel. Ihre Leistung kann nur sehr langsam hoch- und wieder heruntergefahren werden. Die Stadtwerke München tun gut daran, ihren Kraftwerksbestand schnellstens zukunfts-tauglich zu machen (z.B. mit Geothermie, Photovoltaik, Power-to-Gas).

Das Bürgerbegehren wird von einem breiten Bündnis von über 30 Organisationen unterstützt!

Quellenhinweise – Internetadressen

- 1 <https://www.swm.de/dam/jcr:f891bd0c-1c7e-4f32-8122-4a2388c1b9aa/heizkraftwerk-nord.pdf>
- 2 http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Gesundheit-und-Umwelt/Klimaschutz_und_Energie/Klimaschutzstrategie/IHKM.html#Klimaschutzbericht
- 3 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/e-on-verbucht-rekordverlust-a-1062195.html>
- 4 <https://www.swm.de/dam/jcr:4a7ef968-c3c6-4412-a457-f161b845c0e3/abschlussbericht-ausstieg-kohleverbrennung-hkw-nord.pdf>
- 5 https://www.energieatlas.bayern.de/thema_geothermie/tiefe/potenzial.html
- 6 http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Gesundheit-und-Umwelt/Klimaschutz_und_Energie/Regenerative_Energiequellen/Tiefe_Geothermie.html
- 7 <http://geoportal.bayern.de/energieatlas-karten>
- 8 <https://www.swm.de/dam/jcr:f891bd0c-1c7e-4f32-8122-4a2388c1b9aa/heizkraftwerk-nord.pdf>
- 9 <http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/3464594.pdf>
- 10 <https://www.swm.de/privatkunden/unternehmen/energieerzeugung/qualitaet-umweltschutz/emissionen.html>
- 11 <https://www.swm.de/privatkunden/unternehmen/energieerzeugung/qualitaet-umweltschutz/emissionen.html>
- 12 http://raus-aus-der-steinkohle.oedp-muenchen.de/wp-content/uploads/sites/3/SWM_Kohlebezug_der_letzten_Jahre.pdf
- 13 <http://br.de/s/22UQR1E>
- 14 <https://www.iom.int/migration-and-climate-change-0>
- 15 <https://www.greenpeace.de/presse/publikationen/studie-klimafluechtlinge>
- 16 <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/klimafluechtlinge-wo-liegt-die-grenze-des-zumutbaren-13815941.html>
- 17 <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/klimafluechtlinge-wo-liegt-die-grenze-des-zumutbaren-13815941.html>

Kommunales Wohnungsbau- programm jetzt! BREMEN.

Mit den bisherigen Mitteln gelingt es nicht, den Bedarf nach billigem Wohnraum dauerhaft und in hinreichendem Umfang zu decken. 10 000 EinwohnerInnen mehr bedeuten einen Mehrbedarf von 4 000 Wohnungen zusätzlich zu allen bisherigen Kalkulationen. Diese Wohnungen sind weder derzeit vorhanden noch im Entstehen. Die Förderung privater Wohnungsbau- und Baugesellschaften durch verbilligte Kreditaufnahme unter Zusicherung einer 25-Prozent-Quote von vorübergehend preisgebundenen Wohnungen kann diesen Bedarf nicht gewährleisten. Auch das neue „Sofortprogramm Wohnungsbau“ des Senats enthält zwar ein höheres Ziel neuer Wohnungen, aber keine neuen Instrumente. Daher ist dringend eine andere Initiative erforderlich. Wenn in erheblicher Zahl Wohnungen gebaut oder anders geschaffen werden sollen, die im Mietpreis unterhalb des Durchschnitts liegen und dauerhaft preisgebunden sind, dann kann das nur gelingen, wenn preistreibende Bestandteile der Kalkulation entfernt werden: Die private Rendite, die Grundstückskosten, die überlangen Tilgungszeiten sowie der Bau von zu teuren Wohnungen aus der Erwartung heraus, spätestens nach Auslaufen der Mietpreisbindung auf Marktniveau zu vermieten. Das zu vermeiden, bedeutet: Bau von Wohnungen im öffentlichen Eigentum mit der Zielvorgabe Nullrendite; Überlassung von städtischen Grundstücken z.B. in Erbpacht statt Verkauf; konsequente Konzeption von standardgerechten, aber bezahlbaren Wohnungen; dauerhafter Verbleib in öffentlicher Hand; Senkung von Kosten teilweise auch durch Wohnanlagen mit gemeinschaftlich genutzten Räumen und Einrichtungen. Genau dieser Weg muss jetzt konsequent beschritten werden. Der Bau von 4 000 Wohnungen in zwei Jahren in kommunaler Hand zu einem Mietpreis von unter sechs Euro/qm kann gelingen, wenn der Senat entsprechende Schritte ergreift. Die Linke hat einen Antrag eingereicht, mit dem der Senat unter anderem aufgefordert werden soll, zusätzliche Mittel des Bundes für den Wohnungsbau vorrangig zur Umsetzung dieses Vorhabens einzusetzen

www.dielinke-bremen.de

Weg mit der „Angemessenheitsgrenze“ bei Sozialwohnungen: DORTMUND. Hilfe-Empfänger in Dortmund, die in eine sanierte oder neu gebaute Sozialwohnung umziehen wollen oder müssen, dürfen nicht länger benachteiligt werden. Das fordert die Fraktion Die Linke & Piraten. Die Fraktion bean-

tragt deshalb, die Richtlinien in der Stadt Dortmund für die „Kosten der Unterkunft“ anzupassen und die „Angemessenheitsgrenze“ abzuschaffen. „Die Fraktion Die Linke & Piraten hat im Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen deshalb einen wohnungspolitischen Antrag eingebracht“, sagt Fraktionsvorsitzender Utz Kowalewski. „Unsere Forderung: Die Stadtverwaltung soll die Richtlinien für die „Kosten der Unterkunft“ (KdU) anpassen: Die Mieten für öffentlich geförderte Wohnungen (Sozialwohnung) sollen bei der Übernahme von „Kosten der Unterkunft“ grundsätzlich immer als angemessen gelten.“ Nicht jede Miete, die für eine Sozialwohnung verlangt wird, gilt derzeit als „angemessen“. Manchmal ist die Quadratmeter-Miete für Leistungsempfänger um einige Cent zu teuer. Oder im Behördendeutsch: „Die Miete übersteigt die zulässigen Angemessenheitsgrenzen.“ Die Folge: Nicht alle Wohnungen, die mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung des Landes NRW neu gebaut oder saniert wurden, dürfen von Menschen im Transferleistungsbezug angemietet – oder schlimmer: weiter bewohnt werden. Für die Leistungsbezieher würden die „Kosten der Unterkunft“ in einem solchen Fall nicht übernommen. Hilfeempfänger in Dortmund erhalten staatliche „Kosten der Unterkunft“ lediglich für Wohnungen, die nicht mehr als 5,24 Euro pro Quadratmeter (Nettokaltmiete für eine „Single“-Wohnung bis zu 50 Quadratmeter) kostet. Bei größeren Wohnungen liegt die Obergrenze bei 4,86 Euro bzw. 5,24 Euro, wenn der Energiebedarf einer sanierten Wohnung 60 kWh/qm/Jahr nicht übersteigt. Diese Obergrenzen reichen aber oft nicht aus. Denn bis zu 5,65 Euro pro Quadratmeter darf ein Vermieter für eine energisch sanierte oder neu gebaute Sozialwohnung verlangen. Die Folge: Trotz des immer knapper werdenden Wohnraums in Dortmund können Hilfeempfänger in vielen Fällen nicht in neue oder zumindest sanierte Sozialwohnungen einziehen. Ein solcher Einzug wird ihnen sogar verwehrt, wenn dieser „nicht angemessene“ Mietzins erst in einigen Jahren greifen sollte (Staffelmiete) ...

<http://www.dielinke-dortmund.de>

Links wirkt – Junker in Erklärungsnot: Forderung nach einem Mietpreisstopp zeigt Wirkung: FRANKFURT A.M. Die Forderung nach einem Mietpreisstopp bei der städtischen Wohnungsbau- und Baugesellschaft ABG, die von vielen Mieter_innen-Initiativen und der Kampagne „Eine Stadt für Alle“ erhoben wird, hat offensichtlich

Wirkung gezeigt. Unsere Fraktion im Römer steht an der Seite derer, die sich gegen die drastische Erhöhung von Mieten aktiv engagieren und unterstützen deren Forderungen nach einem Mietpreisstopp. Dominike Pauli, Fraktionsvorsitzende: „Damit haben wir wohl voll ins Schwarze getroffen: Der Geschäftsführer der ABG sieht sich gezwungen bei einer Frankfurter Anwaltskanzlei, ein Gutachten zu beauftragen, das seine Meinung bestätigen soll.“ Jetzt schlagen sich natürlich alle auf die Seite von Junker: Haus und Grund, die CDU, die FDP, Olaf Cunitz – alle vereint im Kampf gegen eine drohende linke Mehrheit. Jetzt wird reflexartig der Rücktritt von Oberbürgermeister Peter Feldmann gefordert – alle haben sie Angst vor einem politisch-administrativen Mietspiegel. Sie drohen mit Klagen, weil diesem neuen Mietspiegel dann die Wissenschaftlichkeit fehlen würde. „Uuuuh, ein Gespenst geht um, das Gespenst der politischen Einflussnahme auf die städtische Wohnungsbau- und Baugesellschaft.“ „In der inhaltlichen Debatte um unseren Antrag „ABG auf den Boden der Satzung zurückholen“ hat sich die schwarz-grüne Mehrheit im Magistrat auf die Position zurückgezogen, dass die ABG genau das macht, was Schwarz-Grün will. Wenn das mal keine Ansage war...!“, so Dominike Pauli. <http://www.dielinke-im-roemer.de>

Flüchtlinge brauchen Ombudspersonen: ESSEN. Am gestrigen Mittwoch ist es zu einer spontanen Demonstration der Bewohner der Flüchtlingsunterkunft in Karnap gekommen. Eine Gruppe von etwa 50 Personen kritisierten unter anderem die langen Verzögerungen ihrer Asylverfahren und die schlechten Lebensbedingungen in der lagerähnlichen Zeltunterbringung, in der 400 Menschen auf engstem Raum untergebracht sind. „Wir haben Verständnis für die Sorgen der Flüchtlinge“, so Gabriele Giesecke, Fraktionsvorsitzende. „Die Ratsfraktion Die Linke Essen hat von Anfang an darauf hingewiesen, dass die Unterbringung in Zelten von so vielen Menschen unzumutbar ist. Die Zeltunterkünfte müssen so schnell wie möglich aufgelöst werden. Die Protestaktion in Karnap hat aber vor allem gezeigt, dass die Flüchtlinge sich selber organisieren wollen, um ihre Interessen deutlich zu machen. Deshalb sollten schnellstmöglich in allen Unterkünften für die Flüchtlinge die Möglichkeit eingeräumt werden, Ombudsleute zu wählen. Diese könnten dann die Anliegen der Flüchtlinge nach außen vertreten.“ Um das Anliegen der Flüchtlinge nach einer schnelleren Vermittlung in Wohnungen zu

erfüllen, fordert die linke Ratsfraktion, dass die Stadt umgehend mehr Personal in der Wohnungsvermittlung einsetzt. Ebenso wichtig ist es, das Personal in anderen Bereichen, wie z.B. bei der Beschulung von Kindern, zu verstärken. www.linksfraktion-essen.de

Nichts, was die Stadt aktuell weiterbringt: BERLIN. Der Fraktionsvorsitzende Udo Wolf erklärt: Ob das Abgeordnetenhaus schon am 28. Januar oder erst am 18. Februar über das Tempelhof-Gesetz entscheidet, ändert nichts an der Tatsache, dass es mehr Probleme schafft als löst. Der Plan, 7 000 Flüchtlinge am ehemaligen Flughafen zu konzentrieren, steht im krassen Widerspruch zur Rhetorik des Senats, bei der Unterbringung keine Ghettoisierung von Asylsuchenden zu wollen. Die Zustände in den Hangars sind schon jetzt inakzeptabel und von menschenwürdiger Unterbringung weit entfernt. Bestehende Alternativen zu Massenunterkünften wurden vom zuständigen Senator Czaja nach wie vor nicht geprüft, vermutlich sogar hintertrieben. Mit Blick auf das, was sonst noch aus der Klausur öffentlich wurde, bleiben wir bei unserer Auffassung, dass sich der Senat diese Veranstaltung hätte sparen können. Statt die Verwaltung und alle Bürgerämter in der Stadt den Erfordernissen anzupassen und Personal deutlich aufzustocken, wurde uns nun ein Bürgeramts-LAGeSo versprochen. Statt eines Flüchtlings- und Integrationskonzeptes gibt es wieder einmal nur eine Ankündigung, dass demnächst – im März – etwas vorgelegt werden soll. Und auch, was die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum betrifft, hat der Senat nichts vorgelegt, was die Stadt aktuell weiterbringt. SPD und CDU hatten vier Jahre Zeit, um wichtige Probleme der wachsenden Stadt zu lösen oder anzupacken. Dafür gab es keine gemeinsame Idee. Stattdessen wurde gestritten, was das Zeug hielt. Es wird Zeit, diese Koalition zu beenden. www.die-linke-berlin.de/

Sozial gerechter ÖPNV ist möglich: TRIER. In der vergangenen Sitzung des Stadtrates im Dezember konnte unsere Fraktion mit einem Antrag zur Prüfung alternativer Finanzierungsmodelle für den städtischen ÖPNV zumindest einen Teilerfolg erzielen. Bei einem Bürgerticket würde beispielsweise ein Teil der Kosten durch die Abgabe einer Grundgebühr aller Bürger*innen eines Gebietes gedeckt. Diese Variante ähnelt dem Modell der Studierendenkarte in Trier. Auch in Erfurt oder Tübingen werden solche Modelle derzeit geprüft. In Zeiten immer drängender ökologischer Probleme

und wachsender sozialer Ungleichheit ist ein umlagefinanzierter ÖPNV eine Alternative, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden muss. Da der Thematik noch rechtliche Hürden im Weg stehen, soll der Prüfauftrag nun erneut im Ausschuss des Dezernats IV behandelt werden. Während der letzten Diskussion ergab sich ein überraschend großer Konsens zum Thema Sozialticket. Fraktionsübergreifend befürwortete man zumindest die Einführung eines Sozialtickets, das Menschen mit geringem Einkommen wie auch solche, die Transferleistungen beziehen, entlasten soll. Ein Thema, das unsere Fraktion jahrelang immer wieder angesprochen hat, wird nun endlich ernstgenommen. Auch wenn es unterschiedliche Vorstellungen zur konkreten Ausgestaltung des Tickets gibt, scheint einer Umsetzung kaum etwas im Weg zu stehen. www.die-linke-trier.de

Gegen eine Wiedereinführung der Entgelte im Kindergartenbereich! BRAUNSCHWEIG. Die Linke spricht sich generell gegen eine Wiedereinführung der Entgelte im Kindergartenbereich aus. Bildungseinrichtungen dürfen nicht zum Spielball der jeweiligen Haushaltslage der Kommune werden. Der Besuch einer Betreuungseinrichtung muss unabhängig vom Einkommen der Eltern sein, um Kindern die gleichen Chancen auf Teilhabe in der Gesellschaft zu eröffnen. Die Presseinformation der Verwaltung enthält zudem eine Fehlinformation: Von einer Ausweitung der Entgeltfreistellung für Leistungsberechtigte* im Zuge der Wiedereinführung von Entgelten kann keine Rede sein, denn diese waren im bisherigen Modell in allen Betreuungsformen bereits freigestellt.

www.linksfraktion-braunschweig.de

* gemeint sind hier Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, von Wohngeld, Kinderzuschlag und Asylbewerberleistungen (Berechtigte des „Braunschweig-Pass“). Im Bereich der Schulkindebetreuung galt die Entgeltbefreiung für Inhaber des Braunschweig-Pass, im Bereich der Krippen waren Eltern mit einem Jahres-Nettoeinkommen von unter 14.350 € (näherungsweise) vom Entgelt befreit.

Die Linke verurteilen Abschiebepläne des Bürgermeisters: LÜBECK. Seit einigen Tagen treibt eine neue Idee des Lübecker Bürgermeisters Saxe ihr Unwesen in der Stadt. In eifriger Bemühung, „zum Wohle der Stadt zu Handeln“, hat der sozialdemokratische Bürgermeister tatsächlich vorgeschlagen, einen Abschiebe-Knast auf dem Gelände des Lübecker Flughafens einzurichten. Dorthin sollen Menschen, deren Antrag auf Asyl in Lübeck abgelehnt wurde, gebracht

und zur Abschiebung gezwungen werden können, wenn diese nicht freiwillig gehen. Für die Bürgerschaftsfraktion Die Linke. gänzlich ein Unding. Sie spricht sich entschieden gegen diese Pläne aus und fordert den Bürgermeister auf, diesen Vorstoß vollumfänglich zurückzunehmen. „Herr Saxe, mit derartigen Vorschlägen zeigen Sie uns also ihr wahres Gesicht. Mit einem sozialen Gewissen hat das nichts mehr zu tun“, so Antje Jansen, Fraktionsvorsitzende der Linken Bürgerschaftsfraktion. „Mit einer solchen Art gefühlloser Gleichgültigkeit, Menschen die Schutz und Zuflucht suchten entgegenzutreten, ist eines Städtchens unwürdig und verlangt nach einer Entschuldigung für diese Entgleisung“, so Antje Jansen weiter. Die Bürgerschaftsfraktion Die Linke. setzt sich dafür ein, dass derartige Vorschläge auf keinen Fall in die Tat umgesetzt werden und verurteilt sie scharf. <http://www.die-linke-luebeck.de>

Integration und mehr bezahlbarer Wohnraum sind Kernaufgaben für 2016 – Kommunen brauchen mehr Unterstützung bei der Integration.

BERLIN. Die deutschen Städte sehen beim Thema Flüchtlinge als Kernaufgaben für das kommende Jahr, Bürgerkriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte in die Gesellschaft zu integrieren, die Akzeptanz in der Bevölkerung für Flüchtlinge zu erhalten und mehr bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen mit niedrigen Einkommen zu schaffen. Dieses aktuelle Meinungsbild ergab eine Befragung des Deutschen Städtetages von Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern großer Mitgliedsstädte des kommunalen Spitzenverbandes. Die Stadtspitzen weisen darauf hin, dass die Kommunen aktuell bei Aufnahme, Unterbringung und Integration der Menschen die Hauptlast schultern und dass sie damit teilweise an ihre Leistungsgrenzen kommen. Bund und Länder müssten bei den Integrationsmaßnahmen die Kommunen im kommenden Jahr deutlich stärker unterstützen. Außerdem werden Bund und Länder aufgefordert, den sozialen Wohnungsbau anzukurbeln, damit Not- und Gemeinschaftsunterkünfte Übergangslösungen bleiben und möglichst schnell genügend bezahlbarer Wohnraum für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive wie auch für die einheimische Bevölkerung zur Verfügung steht. Gemeinsam mit Bund und Ländern sehen sich die Städte außerdem gefordert, die positive Grundstimmung in der Bevölkerung zu Flüchtlingen zu erhalten und zu fördern.

[/www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

(Zusammenstellung: ulj)

General Electric (GE) plant Massenentlassungen für das Werk Mannheim (ehemals Alstom) – IG Metall und Belegschaft leisten Widerstand

Am 13. Januar 2016 demonstrierten rund 1.200 Beschäftigten von GE Mannheim (ehemals Alstom) nach einer Betriebsversammlung vom Werk in Mannheim-Käfertal in die Mannheimer Innenstadt zum Marktplatz. Hierbei wurden sie von Beschäftigten und Delegationen von vielen anderen Betrieben unterstützt.

Bei der Kundgebung sprachen Elisabeth Möller, Konzernbetriebsratsvorsitzende, Kai Müller, Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats, und Reinhold Götz, 1. Bevollmächtigter IG Metall Mannheim. Außerdem sprachen Oberbürgermeister Peter Kurz und der baden-württembergische Wirtschaftsminister Nils Schmid.

Worum geht es?

Der US-Konzern General Electric (GE) hat dem Europäischen Betriebsrat der früheren Alstom-Gesellschaften mitgeteilt, welche Bereiche im Zuge der Eingliederung der ehemaligen Alstom-Bereiche in die GE-Konzernstruktur auf der Strecke bleiben.

Dabei sollen von 24 500 Arbeitsplätzen in Europa 6819 Arbeitsplätze abgebaut werden. An den Standorten in Deutschland ist der Abbau von mehr als 1700 Arbeitsplätzen vorgesehen. Alleine in Mannheim sollen nach den vorgelegten Zahlen 1066 Arbeitsplätze wegfallen.

Gerechnet auf die ca. 1.800 Beschäftigte in Mannheim ist das 2/3 der Belegschaft. Ob der Standort bei einem

derartigen Kahlschlag überhaupt noch eine Zukunft hat, ist mehr wie ungewiss. Die Produktion, wo die Turbinen für große Kraftwerksanlagen hergestellt werden, und produktionsnahe Angestelltenbereiche sollen geschlossen werden. Bei Engineering, Einkauf, Controlling, Personalwesen und IT sollen Stellen abgebaut werden. Sie sind Opfer von Synergien, die durch das Zusammenschmeißen von verschiedenen Werken möglich werden sollen.

Die Fabrik selbst leidet unter einer dauerhaften Unterauslastung, da beim Großkraftwerksbau auf Grund der

Mannheim soll auch das Werk im saarländischen Bexbach komplett geschlossen werden. Insgesamt würden dort 170 Arbeitsplätze abgebaut werden. Ebenso betroffen von den Plänen ist der Standort in Stuttgart, wo von derzeit 380 Arbeitsplätzen nochmals 266 wegfielen. Eine vorangegangene Restrukturierung hatte den Engineering-Standort bereits fast halbiert.

Die Geschäftsleitung hat es versäumt, die Produktion auf andere Produkte umzustellen. Der Betriebsrat und die IG Metall haben ein alternatives

Konzept ausgearbeitet und im Dezember 2015 der Öffentlichkeit vorgestellt. Hiermit ist es möglich, diese Umstellung zu schaffen. Unter anderen sieht das Konzept vor, dass im Werk Mannheim künftig Behälter für AKW-Castoren hergestellt werden.

Offensichtlich will die Geschäftsleitung hierauf aber nicht eingehen.

Die Belegschaft von GE Mannheim, vormals Alstom, ABB und BBC, hat große Erfahrung im Kampf gegen Arbeitsplatzabbau, und konnte bisher immer erfolgreich

das Schlimmste verhindern. Dies scheint aber jetzt die schwierigste Auseinandersetzung zu werden. Es geht um die Substanz des gesamten Werkes.

Der Kampf der GE Belegschaft hat die Unterstützung der gesamten Region und auch vieler Politiker. Vielleicht gelingt es ja doch, dass das Konzept des Betriebsrats, oder zumindest Teile



Energiewende in Europa und hier vor allem in Deutschland ein Auftragseinbruch eingetreten ist. Der letzte große Auftrag war für den umstrittenen Block 9 des Großkraftwerks Mannheim. Zuletzt ist die Fabrik nur noch zu einem Viertel ausgelastet und es gibt Kurzarbeit.

Neben der Fabrikschließung in

Solidarität mit Alstom-Angestellten:

MANNHEIM. Am 13. Januar 2016 wurde dem Betriebsrat und den Beschäftigten des Alstom-Werks in Käferthal bekanntgegeben, dass 1.066 der etwa 1.800 Angestellten entlassen werden sollen. Nach der Übernahme des Käferthaler Standortes durch den US-amerikanischen Mischkonzern General Electric (GE) im vergangenen Jahr wurde mit der Entlassung einiger Hundert Angestellten gerechnet. Der Betriebsrat hat daraufhin im Dezember dem Management einen Zukunftsplan vorgelegt, mit dem der Standort durch eine Produktionsumstellung gesichert werden könnte. Die Nachfrage nach den dort produzierten Turbinen für Kohle- und Gaskraft-

werke ist in den vergangenen Jahren gesunken. Die Linke Mannheim zeigt sich solidarisch mit den Angestellten und unterstützt ihren Kampf gegen die Entlassungen: „Mit 1.800 Beschäftigten ist das Werk in Käferthal das größte von GE in Deutschland. Die Angestellten sollen auch weiterhin hier beschäftigt werden. Dass nun fast zwei Drittel der Belegschaft entlassen werden soll, ist ein Schlag ins Gesicht aller – besonders für den Betriebsrat, der ein Zukunftskonzept für den Standort vorgelegt hat“, zeigt sich Hilke Hochheiden, Kreissprecherin und Landtagskandidatin in Mannheim-Süd, erschüttert. Auch die Stadträtin und Landtagskandidatin in Mannheim-Nord, Göky Abulut, so-

lidarisiert sich mit den Beschäftigten von GE: „Das Traditionswerk in Käferthal hat für Mannheim und die Region eine herausragende Bedeutung. GE stellt ohne Not über Tausend Menschen vor das Nichts. Gerade auch die Jugend ist durch den Wegfall von Ausbildungsplätzen betroffen. Wir werden gemeinsam mit den Beschäftigten für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen. Die Konzernbosse, die vom Ankauf der Alstom-Werke profitiert haben, müssen der sozialen Verantwortung ihrer Angestellten gerecht werden.“ Der Mannheimer Linke-Bundestagsabgeordnete Michael Schlecht sagte ebenfalls seinen Beistand für die Beschäftigten zu.

<http://www.dielinke-ma.de>

davon, eine Chance haben. Der öffentliche Druck auf das GE Management muss dann nochmals erheblich zunehmen und sehr groß sein.

Der Kahlschlag bei GE/Alstom könnte das Ende des traditionellen Kraftwerksbaus in Mannheim bedeuten. Dies wäre ein großer Schlag für Mannheim und die gesamte Region. Zumal es auch bei vielen anderen Firmen Personalabbau droht. Schließung von Halberg in Ludwigshafen, Schließung der Produktion bei ABB Ladenburg, Personalabbau bei Wabco und Kurzarbeit

bei Caterpillar in Mannheim seien hier genannt. Und die beabsichtigte Schließung der Produktion bei Bombardier in Mannheim ist entgegen früherer Vermeldungen noch nicht endgültig vom Tisch. Die Erklärungsfrist für ein bereits paraphiertes Einigungspapier mit der IG Metall hat die Geschäftsleitung zweimal, zuletzt bis zum 22.1.2016 verlängern lassen. Ein Grund mehr, dass alle Menschen in Mannheim zusammenstehen und den Kahlschlag bei GE/Alstom und anderswo verhindern.

Roland Schuster

Dokumentiert:

Rente: Österreicher besser abgesichert als Deutsche – Nachbarland liegt beim Vergleich der Rentensysteme klar vorne

Höhere Renten, bessere Absicherung: Österreich setzt bei der Alterssicherung vor allem auf die Gesetzliche Rentenversicherung – und schneidet im Vergleich mit Deutschland deutlich besser ab. Höchste Zeit, auch bei uns die Talfahrt des Rentenniveaus zu stoppen, sagt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntentbach.

Zwei Länder, zwei Systeme. Deutschland und Österreich sind sich politisch und sozial sehr ähnlich – doch bei den Reformen ihrer Rentensysteme sind beide Länder unterschiedliche Wege gegangen. Während Österreich nach wie vor hauptsächlich auf die umlagefinanzierte Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) setzt, wurde und wird in Deutschland das Niveau dieser „ersten Säule“ immer stärker abgesenkt. Private Altersvorsorge und die staatlich subventionierte Riester-Rente sollen die geringeren Leistungen der GRV ausgleichen.

Deutlich höhere Rente in Österreich. Ein Modell, das nicht aufgeht. Für eine neue Studie haben Wissenschaftler der Hans-Böckler-Stiftung die Rentensysteme beider Länder untersucht. Ergebnis: Das österreichische System bietet einen deutlich besseren Schutz im Alter. Es gewährt höhere Leistungen und sichert sowohl „Standardrentner“ als auch Geringverdiener merklich besser ab. Ein Beispiel: Ein männlicher Erwerbstätiger, der mehr als 35 Jahre in Vollzeit gearbeitet hat, bekam in Deutschland durchschnittlich 1.050 Euro im Monat, wenn er 2013 in Rente ging. In Österreich erhielt ein vergleichbarer Neurentner 1.560 Euro im Monat – bei 14 Auszahlungen pro Jahr. Auch die Rentenperspektiven für die heute Jüngeren sind in Österreich wesentlich besser als in Deutschland.

Kein Schutz vor Altersarmut.

Ein Grund für die Entwicklung: In Deutschland haben sich die Erwartungen an die betriebliche und private Altersvorsorge nicht erfüllt. Sie gleichen die deutlichen Reduzierungen in der GKV oft nicht aus. Knapp 30 Prozent aller Arbeitnehmer nutzen keine der freiwilligen Vorsorgeformen – oft aus finanziellen Gründen. „Übrig geblieben ist ein System, das in Zukunft viele noch nicht einmal vor Altersarmut schützen wird“, schreiben die Wissenschaftler.

Starke Wirtschaft, starkes öffentliches Rentensystem. In Österreich liegen die Beiträge zur GKV zwar spürbar höher – doch obwohl die Arbeitgeber dort höhere Beiträge zahlen müssen war die gesamtwirtschaftliche Entwicklung seit Beginn der Reformen günstiger als in Deutschland. „Ein starkes öffentliches Rentensystem belastet also offenbar nicht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes“, so die Forscher. Durch eine Orientierung an Österreich könne auch Deutschland eine stabilere Absicherung schaffen – ohne dass ein erneuter Systemwechsel nötig sei.

Buntentbach: „Endlich die Talfahrt des Rentenniveaus stoppen“. Zur Veröffentlichung der Studie sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntentbach: „Österreich hat in der Rentenpolitik einen besseren Weg eingeschlagen als Deutschland. Das Land vertraut weiter auf die gesetzliche Rente und bezieht Selbständige und Beamte mit ein. Offensichtlich haben die höheren Beiträge der Wirtschaft nicht geschadet. Aber Österreicher sind heute häufig besser abgesichert als ihre deutschen Nachbarn. Das sollte ein Alarmsignal für die politisch Verantwortlichen in Deutschland sein, endlich die Talfahrt des Rentenniveaus zu stoppen.“

www.dgb.de

Handwerk sieht keinen Regulierungsbedarf bei der Entgeltgleichheit. *Presseerklärung Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Fr., 11.12.15.* In Zeiten der Flüchtlingskrise, in der zu Recht von der Wirtschaft erwartet wird, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, dürfen die Betriebe nicht mit unnötigen bürokratischen Auflagen belastet werden. Diese drohen aber mit den vom Familienministerium jetzt vorgelegten Eckpunkten für ein Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit von Männern und Frauen. Danach sollen Betriebe beispielsweise verpflichtet werden, bereits in den Stellenannoncen Angaben zum Mindestentgelt zu machen. Ebenso unnötig ist der geplante individuelle Auskunftsanspruch eines jeden Arbeitnehmers über die Gehälter der Kollegen selbst in kleinen Betrieben. Dieses praxisuntaugliche Regulierungsvorhaben wird eine Kultur der Misstrauen unter den Beschäftigten und des Misstrauens gegenüber dem Arbeitgeber schaffen. Tatsächlich gewährleisten Tarifverträge im Handwerk schon jetzt den Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit selbstverständlich unabhängig vom Geschlecht der Beschäftigten. Nach geltendem Recht ist zudem schon heute eine ungleiche Entlohnung gleicher Tätigkeiten unzulässig.

Deutsche Banken (BdB) verweisen auf Probleme beim „Girokonto für jedermann“. *Pressemitteilung BdB, Fr., 15.1.2016.* Der Regierungsentwurf setze zwar auf die in Deutschland ... langjährig bestehende unbürokratische Praxis der Banken und Sparkassen auf, Kunden beim Kontowechsel zu unterstützen und jedem Verbraucher ein „Girokonto für jedermann“ anzubieten ... Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK) betont, dass die umfangreichen Prozessanpassungen (Bereitstellung neuer Formulare, Mitarbeiterschulungen etc.) nicht wie derzeit vorgesehen innerhalb von zwei Monaten nach Verkündung des Gesetzes im Bundesgesetzblatt vollzogen werden können. Ferner griffen die vorgesehenen Fälle, in denen Banken und Sparkassen es ablehnen dürfen, ein Basiskonto zu eröffnen bzw. zu kündigen sowohl inhaltlich als auch im Zeitlauf zu kurz. Besonders problematisch: Ein Verstoß gegen Embargovorschriften (Nennung des Antragstellers in EU-Sanktionslisten) oder gesetzliche Mitwirkungspflichten werden als Ablehnungsgründe nicht anerkannt. Auch sollen in der Person des Antragstellers liegende Ablehnungs- bzw. Kündigungsgründe nach wenigen Jahren verjähren.

Zusammenstellung: Rosi Steffens

Kontraktlogistik

IG Metall und Verdi vereinbaren Kooperation

Der industrielle und technologische Wandel hat sich in den letzten Jahren für alle spürbar beschleunigt. Damit verbunden wächst auch die Differenzierung in der Arbeitswelt und stellt die Gewerkschaften vor neue Herausforderungen. Abgrenzungskonflikte – welche Gewerkschaft ist für welche Unternehmen zuständig – sind unvermeidlich, wenn sich Unternehmen auf neue Tätigkeitsfelder hin weiterentwickeln. Wenn zum Beispiel Transportfirmen, die bisher Güter mit dem LKW von einem Werk zum anderen

Die Industrieproduktion wird immer komplexer. Regelmäßig stellt sich die Frage, welche Gewerkschaft eigentlich für bestimmte Betriebe zuständig ist. Die IG Metall und Verdi ziehen nun klare Linien – im Interesse der Beschäftigten. Ein Autobauer baut Autos heute längst nicht mehr alleine. Die Produktion wird in immer kleinere Teile zerlegt. Auf dem Werksgelände sind die verschiedensten Firmen im Auftrag des Autobauers tätig: Leiharbeitsfirmen, Entwicklungsdienstleister – und immer häufiger sogenannte Kontraktlogistiker. Sie verteilen Fahrzeugteile an die Montagelinien des Autobauers oder montieren zunehmend sogar selbst Teile vor: Räder, Armaturenbreiter oder Achsen – eigentlich klassische Industriearbeit. Für die Beschäftigten haben Auslagerung und Zergliederung oft negative Folgen: kein Tarifvertrag, schlechtere Bezahlung, längere Arbeitszeiten. Um die Interessen aller Beschäftigten wirksam zu vertreten, müssen Gewerkschaften eng kooperieren. Sie müssen sich abstimmen und klären, wer für welche Betriebe zuständig ist. Innerhalb der Wertschöpfungskette sind Abgrenzungen zwischen Produktion und Dienstleistungen oft schwierig.

Gemeinsame Stärke nutzen

Die IG Metall und die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi unternehmen nun einen entscheidenden Schritt: Sie treffen eine Kooperationsvereinbarung. Damit werden die Organisations- und die Tarifzuständigkeit für Unternehmen der industriellen Kontraktlogistik geklärt. Und zwar in den Branchen Automobil- und Fahrzeugbau, Stahl, Luft- und Raumfahrt sowie Schiffbau.

Die IG Metall ist demnach zuständig:

- wenn ein Kontraktlogistiker seine Tätigkeit auf dem Werksgelände eines Betriebs erbringt, der in den Organisationsbereich der IG Metall fällt.
- wenn ein Kontraktlogistiker seine Tätigkeit zu mehr als 75 Prozent für

transportierten, auf einmal auch die Verpackung und Lieferung von Teilen direkt vom Band und ans Band eines Autowerks übernehmen und die dort bisher mit solchen Aufgaben beauftragten Beschäftigten in das Logistik-Unternehmen für 20 oder 30 Prozent weniger Gehalt „outgesourct“ werden, besteht Handlungsbedarf für die Betriebsräte wie für Gewerkschaften. Für diese sogenannte „Kontraktlogistik“ haben sich IG Metall und Verdi jetzt auf eine Aufteilung der Zuständigkeiten geeinigt. *Rüdiger Lötzer*

einen Endkunden erbringt, der in den Organisationsbereich der IG Metall fällt.

- wenn bei einem Kontraktlogistiker produktive Tätigkeiten (Fertigung, Montage) mehr als 50 Prozent der Gesamttätigkeiten ausmachen.

Verdi ist zuständig:

- wenn ein Kontraktlogistiker mehrere Endkunden bedient und keiner von ihnen einen Anteil von 75 Prozent erreicht (Ausnahme: Fertigung/Montage mehr als 50 Prozent).
- wenn ein Kontraktlogistiker ausschließlich logistische Tätigkeiten erbringt und gegenüber dem Kunden nicht weisungsgebunden ist.

In der Automobilindustrie grenzen IG Metall und Verdi ihre Zuständigkeiten zudem für spezielle Tätigkeiten ab. Der Versand von Fahrzeugen ist Sache von Verdi. Für das Ersatzteil-Geschäft von IG Metall-Betrieben ist die IG Metall zuständig.

Für Betriebe, bei denen die Zuordnung unklar ist, wird ein dreistufiges Verfahren etabliert, mit dem IG Metall und Verdi ihre Zuständigkeit klären.

In der gemeinsamen Erklärung zur Kooperationsvereinbarung von IG Metall und Verdi heißt es:

„Durch die solidarische Abstimmung zwischen Verdi und IG Metall sollen mögliche Divergenzen zwischen unseren Organisationen verhindert und ein gemeinsames Vorgehen im Sinne der Beschäftigten gestärkt werden. (...) Gemeinsam wollen wir dem Missbrauch von Werkverträgen entgegen treten. Zusammen wollen wir faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen im Bereich der Kontraktlogistik und darüber hinaus sicherstellen.“

Eine ähnliche Kooperationsvereinbarung hatte die IG Metall Anfang 2015 bereits mit den Gewerkschaften EVG, IG Bau und IG BCE abgeschlossen.

<https://www.igmetall.de>

Zum 28. CDU-Parteitag, 13.–15.12.2015

I.

Es herrscht Unruhe im Land, Krisen und Kriege bringen seit Jahren kollektiven Dauerstress. Wachsende Ungleichheit verunsichert die sogenannte Mitte der Gesellschaft, Hartz IV und prekäre Beschäftigung sind nicht nur massenhafte Realität für die einen, sondern auch Menetekel für die anderen. Ein anhaltender Flüchtlingsstrom riss die Illusionen, Deutschland könne seine Probleme und die Kosten der Globalisierung ewig exportieren, mit sich fort und verstörte zusätzlich.

Die *Weihnachtspause* spielt, das hatte die verstorbene Chefin des Allensbach-Instituts bereits 2001 beschrieben (FAZ vom 24.01.2001, S. 5), für die politische Meinungsbildung der Bevölkerung in Deutschland eine besondere Rolle. In dieser Zeit wird in Familien und Freundeskreisen Bilanz gezogen übers zu Ende gehende Jahr, werden Erwartungen abgeglichen für das kommende.

Die Parteitage von SPD und CDU waren insofern darauf angelegt, Welt-sichten, Bilanzen und Aussichten anzubieten, die es nicht nur dem jeweiligen Parteivolk, sondern der deutschen Mitte überhaupt leichter machen sollten, mit sich und der Welt für 2015/2016 ins Reine zu kommen. Der SPD ist dies bekanntlich gründlich misslungen, die Partei ist zerrissen, schwach nicht nur in Umfragen. Deren Vorsitzender, Sigmar Gabriel, ist geschwächt.

Wenn der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte, nicht zum ersten Mal, auch nach der Karlsruher Rede Angela Merkel als „Resilienz-Kanzlerin“ beschreibt, dann benennt er damit genau den Unterschied zwischen Gabriel und Merkel, die Fähigkeit, Krisen zu bewältigen, aus und in diesen kritischen Zeiten Entwicklungen zu generieren – und damit zu führen.

II.

Die massenmediale Aufmerksamkeit richtete sich darauf, ob und wie es der CDU gelingen würde, die sogenannte Flüchtlingsfrage innerparteilich zu entschärfen. Die Kanzlerin und Parteivorsitzende habe, so ja die allgemeine Sicht, in einem unbedachten Augenblick, nach Art des Günter Schabowski, Deutschlands Grenzen geöffnet und eine Menschenbewegung ausgelöst, die außer Kontrolle scheint. Würde sie, Angela Merkel, glaubhaft vermitteln können, das Geschehen

(wieder) unter Kontrolle zu bekommen? Ja, das hat sie, indem sie (Stichwort Resilienz), viel mehr lieferte als das bloße Versprechen, Kontrolle zurück zu gewinnen und zu einem gewohnten Zustand zurück zu kommen. „Entwicklung“ war ihr Thema und die Vergewisserung, dass Deutschland in dieser Entwicklung mit sich identisch bleiben wird. Der Trick bestand darin, Deutschlands Identität, man könnte evolutorisch sagen: Genidentität, durch drei Buchstaben markiert wird: C, D und U. Kurz: Deutschlands Werte sind die der CDU und umgekehrt.

III.

Es wird in den Medien behauptet, dass Verhandlungsgeschick einerseits, Selbstdisziplin und Zurücknahme andererseits zu dem Kompromiss der „Karlsruher Erklärung“ geführt hätten, der die Basis des erfolgreichen Parteitages wurde. Das ist nur die halbe Wahrheit. Die politischen Unternehmer der CDU um Merkel, Kauder und Tauber hatten diesen Parteitag langfristig vorbereitet. Den Delegierten lagen als Anträge vier Berichte von Kommissionen vor, die langfristig erarbeitet worden waren. Man kann sie als Ergebnis einer doppelten Modernisierungsarbeit des Parteimanagements bezeichnen. Drei Anträge dienten dem, was jede Partei mit Volkspartei charakter immer wieder tun muss: die Organisation mit ihren vielen Gliederungen und Interessen programmatisch auf den Stand zu bringen und zu synchronisieren („social choice“). Ein Antrag galt der zweiten Notwendigkeit politischer Großorganisation, politische Schlagkraft, Handlungsfähigkeit („political action“) zu generieren.

IV.

Zu den Beschlüssen

Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit

Unter den Bedingungen der Globalisierung und des demographischen Wandels reagiert die CDU auf das, was in Deutschland „Vierte industrielle Revolution“ genannt wird. Es gehe darum, „die richtigen Rahmenbedingungen durch Maßnahmen im Bereich der Arbeitswelt, des Rechts, der Infrastruktur sowie der Bildungsangebote zu setzen...“. In vier Kapiteln („Arbeit 4.0“, „Wirtschaft 4.0“, „Rohstoff 4.0“ und „Staat 4.0“) werden die aus Sicht der CDU notwendigen Rahmensetzungen durch Politik beschrieben.

Arbeit 4.0: Der Mensch stehe im Mittelpunkt auch der digitalen Arbeitswelt. Was aber die neue Flexibilität der Beschäftigten bedeutet, soll zwischen Führungskräften und Beschäftigten ausgehandelt werden. Der Antrag lehnt z.B. eine gesetzliche Regelung der Zeiten der Erreichbarkeit ab. Dass so eine „digitale Souveränität“ für Beschäf-



tigte herauskommt, darf mit einem dicken Fragezeichen versehen werden; die Verhandlungspositionen des Einzelnen dürften dafür zu schwach sein und kollektive Interessenvertretung nicht einfacher werden.

Weiter gehe es um „Bildung 4.0“: Schulen, Aus- und Weiterbildung müssten reagieren, neue Berufsbilder geschaffen, die MINT-Fächer gestärkt werden usw.

Es folgen Phrasen, dass Gesundheitsvorsorge wichtig sei, die Sozialpartnerschaft bestehen bleiben solle, faire Löhne zu zahlen seien und gute Arbeitsbedingungen wichtig seien, nur müsste das in einer „Sozialpartnerschaft 4.0“ ausgehandelt werden. Wie das sozialrechtlich flankiert werden soll („Sozialrecht 4.0“) lässt wenig Gutes ahnen. Wahlrecht für „Solo-Selbstständige“ zwischen gesetzlicher Rente und andern, also privaten Vorsorgearten, wobei Anreize für mehr Eigenvorsorge gesetzt werden sollen.

Wirtschaft 4.0: Die CDU will einen „fairen Marktzugang“ für kleine wie große Unternehmen, das Kartell- und Wettbewerbsrecht soll geprüft werden. Man sieht die Gefahr der Schädigung von Unternehmen durch schlechte Kommentierungen durch Verbraucher und will gegensteuern. Transportdrohnen sollen fliegen, die Ladenöffnungszeiten sollen flexibilisiert werden, nur der Sonntag bleibt heilig. Man will internationale Standardsetzung und Testumgebungen in Deutschland für das Internet der Dinge. Breitband, Netzausbau, Forschungsförderung für den Mittelstand, Netzneutralität sind Stichworte. Generell ist viel von Innovationserleichterungen die Rede, von Experimentierklauseln, Angeboten für Wagniskapital und alternativen Finanzierungsformen.

Rohstoff 4.0: Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung soll gelten, aber was schützenswert ist, was personenbezogen ist und was nicht, soll breit diskutiert werden. Datenschutz soll in Deutschland und Europa vereinheitlicht werden. Der Datensicherheit gegen Wirtschaftsspionage wird

erkennbar mehr Gewicht zugestanden als der Frage der Informationellen Selbstbestimmung des Einzelnen.

Staat 4.0: Mehr E-Government soll her. Bürgerportale sollen sichern, dass alle staatlichen Dienstleistungen online abrufbar und bezahlbar werden. Dazu soll der neue Personalausweis mit elektronischer ID Standard werden. Gesetzgebung soll auf allen Ebenen nur noch per elektronischer Aktenführung laufen. Für alle Behörden soll die E-Akte Standard werden.

Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten

Dieser Antrag zeichnet das Bild einer *Gemeinschaft* mit starker Gemeinwohlorientierung und den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, in der *Familie* einerseits, *Teilhabe* andererseits den Zusammenhalt stiften. Teilhabe basiert auf Bildung, Aufstieg auf Leistung. Jeder habe eine zweite Chance und die Schwachen einen Anspruch auf Solidarität.

Starke Demokratie: Die CDU will parlamentarische Beteiligungsformen attraktiver machen. Ihr Ziel ist ein „starker öffentlicher Sektor“, alle *Selbstverwaltungen* sollen gestärkt werden. Es ist dann die Rede von der „inneren Globalisierung“, deren Chancen zu nutzen seien.

Hervorgehoben wird der besondere Wert der Kirchen und Religionsgemeinschaften, dem Drittel der Konventionslosen wird kein Wort geschenkt.

Deutschland ist ein Einwanderungsland, heißt es, und man brauche ein Einwanderungsgesetz.

Zur sozialen Ungleichheit kein Wort, nur dass gleicher Lohn für Mann und Frau gezahlt werden solle und dass die Sozialversicherungen für den Ausgleich da sind. Der Rest sind Bekenntnisse zu Meinungsfreiheit, Medien, Kultur usw.

Interessant ist auch, dass kein Wort über Direkte Demokratie verloren wird.

Familienpolitik für gesellschaftlichen Zusammenhalt: Bekräftigt wird das modernisierte Familienbild der

CDU. Besonders herausgehoben wird die Frage der Kinderarmut, ohne dass konkrete Maßnahmen benannt werden, diese zu bekämpfen. „Größter Respekt“ wird gegenüber Alleinerziehenden geäußert, sie sollen künftig steuerlich entlastet, das Unterhaltsrecht soll novelliert werden.

Es wird eine ganze Palette von Maßnahmen vorgestellt, die die „Wahlfreiheit über den gesamten Lebensverlauf“ verbessern sollen, die es im Einzelnen genauer zu bewerten gilt. Weiter soll das Ehegattensplitting durch ein Familiensplitting erweitert werden und die familienpolitischen Leistungen sollen stärker nach der Kinderzahl gestaffelt werden. Zudem sollen den generativen Beitrag von Familien in den Sozialversicherungssystemen stärker berücksichtigt werden. Pflege in Familie soll erleichtert werden.

Bildung als Schlüssel für die Lebenschancen jedes Einzelnen: Betont wird erneut die herausgehobene Rolle einer guten Bildung von Anfang an und lebenslang, ohne das konkrete neue Maßnahmen genannt werden.

Die CDU ist die Partei der Bürger: „Engagementpolitik“ soll als neues Politikfeld etabliert werden und bei der Fortbildung und Vernetzung engagierter Bürger helfen. Die steuerlichen Rahmenbedingungen sollen verbessert werden, es geht um Entbürokratisierung und Versicherungsschutz.

Neben die großen Wohlfahrtsverbände sollen Landesstiftungen treten, die sich der kleinen Vereine und Verbände annehmen sollen. Gemeinnützigkeits- und Stiftungsrecht sollen überarbeitet werden.

Lokal verwurzelt, global aktiv etc.: Hier wird das Ziel formuliert, Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt genauer allen Ehrenamtlichen, die international tätig sind, zu vermitteln und deren Aktivitäten darin „einzubetten“. Praktisch soll damit wohl stärker Außenpolitik gemacht werden.

Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren

Nachhaltigkeit und Lebensqualität sind mehr als das BIP. Die CDU will eine „internationale Ordnungspolitik der Nachhaltigkeit“ durchsetzen.

Verbraucher stärken: Verbraucherverhalten soll durch bundesweite Bildungsstandards für jeweilige Klassenstufen verbessert werden. Vorgeschlagen werden diverse Maßnahmen zur besseren Verbraucherinformation und Produktkennzeichnung.

Zum guten Leben gehören laut CDU Gesundheit und Prävention, private Altersvorsorge und Energiesparen und Selbstschutz. Zu alldem gibt es einzelne politische Vorsätze im Antrag.

Nachhaltige Wirtschaft: Dieser Abschnitt ist weitgehend deskriptiv ge-

halten und beschreibt im Allgemeinen Ziele, die heute Gemeingut sind, Wirtschaftskreisläufe, Ressourceneffizienz, Share Economy, verbesserte Tierschutzstandards in der EU usw. usf. Das alles soll über Selbstverpflichtungen der Wirtschaft und den Markt voran gebracht werden, wo das nicht funktioniert, soll der Staat ordnungspolitisch eingreifen. Immerhin findet sich auch der Satz: „Mit Boden darf nicht spekuliert werden.“

Bildung und Forschung: Bekräftigt wird der Vorsatz, den Anteil der Aufwendungen für Bildung und Forschung auf 10% des BIP zu steigern, allerdings werden keine Zeiträume genannt. Im Übrigen ist der Abschnitt kurz gehalten und bloße Absichtserklärung: Man will vorantreiben...

Nachhaltigkeit und Lebensqualität international: Der Zusammenhang zwischen Sicherheit, Umweltschutz, Entwicklung und Migration ist erkannt, als Blaupause für andere Staaten wird die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft empfohlen, Deutschland als Vorbild für nachhaltige Entwicklung gepriesen.

Wohnen und leben in Städten und Regionen: Wiederum geht es um die Richtung der Entwicklung, mobil sollen die Menschen sein, die Stadt- und Dorfkerns sollen entwickelt, weniger auf der „Grünen Wiese“ gebaut werden. Medizinische Versorgung soll gesichert sein und „smart“ die Städte und Regionen. „Bessere“ Öffnungszeiten sollen „Zeitwohlstand“ bringen.

Regieren und Verwalten: Die repräsentative Demokratie soll gestärkt werden, die Bürger besser einbezogen, es soll solide Haushalte geben, dazu will die CDU die Kommunen in die Schuldenbremse einbeziehen. Auch noch dabei: E-Government und Bürokratieabbau.

Meine CDU 2017. Die Volkspartei.

Dieser Beschluss enthält, was man vor kurzem noch Parteireform nannte; ein Titel, der heute zu negativ konnotiert ist. Die Modernisierung der CDU wird hier quasi organisationsförmig festgeschrieben. Wenn die Gesellschaft pluralisierter und individualisierter wird, dann muss die Partei darauf auch organisationsintern reagieren. So werden die Grundwerte betont und die drei Buchstaben des Parteikürzels neu buchstabiert. Werte und Verantwortung, Dialog und Beteiligung, Gemeinschaft und Zusammenhalt – die Volkspartei als Mikrokosmos im deutschen Makrokosmos.

Sehr differenziert und konkret werden Ziele und organisatorische Maßnahmen aufgelistet, die dem letztendlichen Zweck dienen, die Partei als die *Regierungspartei Deutschlands auf Jahre fit* zu machen.

Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration

Diese Erklärung rahmt, verbal zunächst, Merkels Flüchtlingspolitik neu. Nicht das Deutschland Mögliche bildet nun den Rahmen, sondern das von Deutschland, d.h. (für die CDU): von der „Mitte“, von der eigenen Partei und der bayrischen Schwester Akzeptierte. Es ist in den drei Zwischenüberschriften gut gefasst: (1) Für einen starken Staat: Sicherheit erhöhen, Terror bekämpfen, (2) Menschen in Not helfen, Migration ordnen, steuern und reduzieren und (3) Integration sichern und gestalten: Fördern und fordern. Also lautet die Botschaft an das verunsicherte (Partei) Volk: Die CDU schafft mehr Sicherheit, weniger Migration und stärkere Integration.

Die Erklärung enthält auch die andere Botschaft, mit der die Parteivorsitzende in ihrer Rede dann den Rahmen wieder sprengte: Das Deutschland in 25 Jahren anders sein als das heutige. Aber es wird immer noch Deutschland sein.

V.

Fazit: Merkel und die CDU-Führung haben es geschafft, zunächst die mittlere Funktionärsschicht der CDU (und die CSU) zu beschwichtigen. Das sollte die Grundlage sein, auch die eigene Anhängerschaft zu beruhigen und zu orientieren. Die politisch-geistige Hegemonie der Union ist nach diesem Parteitag wieder gestärkt, es ist keine machtpolitisch auf Augenhöhe agierende partei- und koalitionspolitische Alternative in Sicht.

Bemerkenswert scheint das Verfahren der innerparteilichen Meinungs- und Willensbildung („social choice“), wie es sich in den drei inhaltlichen Beschlüssen zeigt. Fast kein Wort wird einzelnen Problemen, Schwierigkeiten, Missständen usw. gewidmet, es geht immer um die Beschreibung der Entwicklung Deutschlands im Ganzen. Man kann von einem *Fortschrittsdenken* sprechen, das alle Antragstexte durchzieht. Und, das ist der Unterschied zur Erzählung der Gabriel-SPD, es wird eben nicht der Fortschritt in Konfrontation mit kritikwürdigen Zuständen, als Not-Wendigkeit gezeigt, sondern als fast natürlicher, gottgewollter, deutscher Weg, als ein Weiter-Gehen, um Bestehendes (Wohlstand, Sicherheit und Freiheit) zu erhalten, nicht, um es erst (wieder) zu erringen, für diese oder jene Gruppe, Klasse, Region, Generation usw. Das ist evolutionistisch gedacht und gemacht.

Die Herausforderung für die Linke, auch für Die Linke, ist damit beschrieben. Wenn es anders gehen soll muss es hernach besser sein. Für viele Menschen. Das gilt bereits für die Erzählung. Sie braucht ein gutes Ende.

Harald Pätzolt

Bücher zum Thema Flucht und Asyl, Syrien, Islamismus

Ahmad Mansour, „Generation Allah. Warum wir im Kampf gegen den religiösen Extremismus umdenken müssen“

Der Autor, geboren 1976 in Israel, ist arabischer Israeli und lebt seit 2004 in Berlin. Er ist Psychologe und arbeitet für Projekte gegen Extremismus, u.a. bei HEROES und HAYAT.

HEROES (auf Deutsch: „Helden“) ist ein 2007 in Berlin Neukölln gestartetes Projekt gegen Unterdrückung im Namen der Ehre und für Gleichberechtigung. Es wendet sich vor allem an junge Männer in der migrantischen Community und betreibt Aufklärung gegen falsche „Ehrbegriffe“, die der Unterdrückung von Frauen und Mädchen Vorschub leisten. HAYAT wurde 2011 auf Initiative des Zentrums für Demokratische Kultur mit Unterstützung der Bundesregierung gegründet. Es basiert auf den Erfahrungen der Ausstiegsinitiative für Neonazis („EXIT-Deutschland“) und wendet sich an Jugendliche, die in den Salafismus und den Dhihadismus abzugleiten drohen, und an deren Familien. HAYAT versucht, dieses Abgleiten mit den Mitteln der Aufklärung und Diskussion mit diesen jungen Menschen zu verhindern.

Der Autor schildert vor dem Hintergrund dieser beruflichen Praxis seine Erfahrungen mit „Jugendlichen, die wir dringend erreichen müssen“. Diese werden über Internet und TV-Sender zunehmend von extremistischen islamischen Richtungen angesprochen. Dieser neue Typus von Propaganda erreicht nach seinen Erfahrungen viele hier in Deutschland aufgewachsene Jugendliche der zweiten oder dritten Migrantengeneration. Eltern und Schulen bemerken das oft gar nicht oder nur am Rande und sind dann, wenn sie diese Entwick-

lung bemerken, oft verwirrt und ratlos. Mansour geht davon aus, dass aktuell etwa 1.500 bis 1.800 hier aufgewachsene Jugendliche nach Syrien und in den Irak gegangen sind, um sich dem „Dschi-had“ von IS & Co. anzuschließen, und dass die Zahl der Anhänger der Salafisten hierzulande bei über 10.000 liegt. Ihm geht es darum, auf diese alarmierende Entwicklung hinzuweisen und Wege der Prävention aufzuzeigen. Er verweist darauf, dass die Jugendlichen von einer Propaganda erreicht werden, die von dem Regime Erdogan in der Türkei, den Muslimbrüdern in Ägypten und Katar oder den Salafisten in Saudi-Arabien aus gesteuert und finanziert wird. Diese Propaganda sei lange nicht ausreichend beachtet und in ihren Wirkungen unterschätzt worden, ist eine seiner Thesen. Er fordert von den muslimischen Verbänden in Deutschland eine aktive Positionierung gegen diese religiös-extremistische Propaganda. Er plädiert für eine kritische, dialogische und argumentierende Auseinandersetzung an den Schulen, in Vereinen, in Jugendämtern und Sporteinrichtungen mit dem Ziel der aktiven Förderung einer Politik der Inklusion. Fragwürdig sind seine Vorschläge da, wo er mit „Top-down“-Kontroll-Ideen (welchen Nutzen soll z.B. eine Kontrolle von Jugendprogrammen durch das Kanzleramt bringen?) aufwartet. Aber im Zentrum seiner Vorschläge steht eine Mobilisierung der Zivilgesellschaft. „Ziel ist es, Heranwachsenden mit familiären Einwanderungsgeschichten die Erfahrung zu vermitteln, dass sie zu Gesellschaft und Staat dazugehören, um sie für demokratische Werte und Normen zu begeistern. In Schulen, Sportvereinen, Behörden, Ämtern unterstützt eine Öffentlichkeitskampagne (Tenor: „Du gehörst dazu!“) diese dezidierte Haltung“, fordert er. Ein spannendes Buch, das die

Gefahren des Islamismus zu erfassen versucht und sich schroff gegen islamfeindliche Strömungen von Sarrazin bis Pegida abgrenzt.

Ahmad Mansour, *Generation Allah. Warum wir im Kampf gegen den religiösen Extremismus umdenken müssen*. S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main, 2015, 271 Seiten, 19,99 Euro.

Emmanuel Todd, „Wer ist Charlie? Die Anschläge von Paris und die Verlogenheit des Westens“

Ebenfalls gegen islamfeindliche Strömungen, hier aber vor allem in der französischen Gesellschaft, wendet sich der französische Soziologe Emmanuel Todd. Der Autor ist umstritten und scheut keinen Streit. „Er ist Spross einer der interessantesten Familien der französischen Intelligenzija, in der sich Bourgeoisie und Bohème fröhlich vermischt haben, ein bisschen englisch, ein wenig jüdisch, sehr sozialdemokratisch, vor allem kosmopolitisch. Sein Großvater war der Schriftsteller Paul Nizan, sein Vater, Olivier Todd, ist ein großer Journalist; der Anthropologe Claude Lévi-Strauss war Cousin zweiten Grades. 'Er ist ein reines Produkt des englischen Empirismus und des französischen Hangs zur Theorie', analysiert sein Vater. Besser kann man ihn als Intellektuellen nicht beschreiben“, schreibt die „Welt“ am 12.11.2015 über ihn. Die französische Zeitung „Libération“ nannte Todds Buch eine „Blasphemie“, die an der deutsch-französischen Militärachse stark interessierte FAZ sprach von „wirren Thesen“ und informierte ihre Leser vorsorglich, Todd sei in Frankreich nun „Persona non grata“.

„Bei den Solidaritätsdemonstrationen für das Satiremagazin ‚Charlie Hebdo‘ Anfang 2015 haben sich, so



Todds These, „Demokraten und Antidemokraten untergehakt, um gegen den Islam zu demonstrieren. Nicht um die Freiheit generell ging es, sondern um die Freiheit, den Islam zu verhöhnen“, nicht um das Recht auf Blasphemie also, sondern um die Pflicht zur Islamfeindlichkeit. Die von der Regierung Hollande organisierten landesweiten Demonstrationen nach dem terroristischen Attentat auf die Zeitschrift seien ein Versuch der „Wiedervereinigung Frankreichs von oben, kombiniert mit dem Ausschluss der jungen Muslime in den Vorstädten und der Arbeiter ... Anstatt die extreme Rechte zurück zu drängen, öffnete sie vielmehr die Schleusen, die dem Front National weiteren Auftrieb gaben“, lautet seine Diagnose (S. 84), die durch die jüngsten Wahlergebnisse der FN leider bestätigt zu sein scheint.

„Der Autor ... ist über die Gesellschaft in seinem Land verzweifelt“, heißt es im Vorwort. „Er geht erbarmungslos mit seinem Frankreich ins Gericht, das sich törichterweise in der Illusion wiegt, es sei Erbe der großen Revolution von 1789, der Werte von Freiheit und Gleichheit sowie der Vorstellung des universellen Menschen, gerade zu einer Zeit, da das konkrete inegalitäre und antiliberaler Verhalten seiner vorherrschenden Schichten an die finstersten Zeiten der französischen Geschichte gemahnt: An die der Affäre Dreyfus oder des Vichy-Regimes.“ (S. 14) Er fürchtet eine weitere Rechtsentwicklung der französischen Gesellschaft, verbunden mit einer Vertiefung der sozialen und politischen Ungleichheit, eine Entwicklung zu einer neuen Oligarchie, getragen von einem, wie er ihn nennt, „Zombie-Katholizismus“, von Islamfeindlichkeit und Antisemitismus.

Todd versucht, seine Thesen zu belegen mit einer Anthropologie der Familienstrukturen und des Erbrechts in Frankreich sowie einer damit verbundenen Soziologie der Religionen, ein spannender, hierzulande in den Sozialwissenschaften eher seltener Ansatz. Ob ihm das mit seinen regionalen Analysen über schulische Probleme, Arbeitslosigkeit, religiöse Traditionen, Familienstrukturen und Wahlverhalten in Frankreich gelingt, bleibt am Ende eine offene Frage.

Das Buch ist nicht nur wegen seiner manchmal sehr provokanten Thesen anregend. Zum Beispiel lohnt allein die These, dass „unterschiedliche Werte, die den Familienstrukturen zugrunde liegen (womit unter anderem lange Traditionen im Erbrecht und Familienrecht gemeint sind, Anm.), typische Neigungen der angloamerikanischen, germanischen oder lateinischen Welt“ erklären könnten, eine Vertiefung. Die Diskussion über verschiedene Wohlfahrtssysteme, wie sie beispielsweise

der dänische Wohlfahrtstheoretiker Esping-Andersen angestoßen hat, geht in eine ähnliche Richtung. Anregend sind auch die Hinweise des Autors auf das „kurze Gedächtnis“ mancher Debatten, etwa wenn er erwähnt, dass Zeitungen wie „Le Monde“, „Libération“ und andere, die heute den Luftkrieg gegen den IS in Syrien unterstützen, noch zwei Jahre zuvor den gleichen Luftkrieg, damals aber gegen das Regime Assad verlangten. Oder wenn er auf die Kontinuitäten zwischen den Thesen eines bis heute der SPD angehörenden Politikers wie Thilo Sarrazin und der PEGIDA-Bewegung in Dresden hinweist.

Am Ende steht ein Plädoyer für ein an Goethes west-östlichen Diwan angelehntes „Einvernehmen mit dem Islam“ und die tiefe Sorge des Autors, dass sich hinter der Islamfeindlichkeit der französischen Ober- und Mittelschicht bald auch wieder ein neuer Antisemitismus breit machen könnte. **Emmanuel Todd, Wer ist Charlie? Die Anschläge von Paris und die Verlogenheit des Westens, C.H. Beck, München 2015, 236 Seiten, 14,95 Euro**

Jenny Erpenbeck, „Gehen, ging, gegangen“

Nicht als Sachbuch, sondern in Form eines Romans befasst sich die 1967 in Berlin geborene Jenny Erpenbeck mit einem anderen Kapitel der Flüchtlingspolitik, dem Umgang des Berliner Senats, speziell des CDU-geführten Innensenats und der von ihm kontrollierten Ausländerbehörden mit den afrikanischen Flüchtlingen, die sich 2014 auf dem Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg mit einem bundesweit beachteten Camp Gehör und Aufmerksamkeit verschafften, um eine Lebensperspektive und ein Aufenthaltsrecht in Berlin zu erreichen. Keiner von ihnen erhielt am Ende ein Aufenthaltsrecht in Berlin. Die ekelhafte Perfidie, mit der ihnen der CDU-Innensenator und seine Ausländerbeamten jede Chance auf ein Bleiberecht in Berlin raubten, empörte und motivierte anscheinend die Autorin zu ihrem Buch. „Der Roman führt einen emeritierten deutschen Professor mit Flüchtlingen zusammen, die in Berlin gestrandet sind. Jenny Erpenbeck findet eine Sprache für ein sprachlos machendes Problem, sie lässt zwei getrennte Welten sich leicht ineinander verzahnen. Und gibt Hoffnung“, heißt es in einer Kurzrezension der „Berliner Zeitung“ vom Jahresende 2015. Tatsächlich macht sich der Professor auf die Suche nach den individuellen Fluchtgründen von Menschen aus Afrika und schildert eindringlich und ungeschminkt ihre Sicht auf die Situation in ihren Herkunftsländern. Am Ende werden sie alle aus Berlin verjagt und ihre Hoffnung, sich hier ein neues Le-

ben aufzubauen, durch eine unbarmherzige Ausländerbürokratie zunichte gemacht. Sprachlos macht das Buch aber ganz und gar nicht, im Gegenteil: Es fordert zum Handeln auf gegen eine solche Asylpolitik.

Jenny Erpenbeck, Gehen, ging, gegangen, Roman, Albrecht Knaus Verlag, München, 2015, 352 Seiten, 19,99 Euro

Samar Yazbek, „Die gestohlene Revolution, Reise in mein zerstörtes Syrien“

Die Autorin, geboren 1970, stammt aus einer alewitischen Familie in Syrien. Als die Proteste gegen das Regime von Assad begannen, nahm sie als Berichterstatterin daran teil. Dadurch geriet sie in das Visier der syrischen Geheimdienste, wurde bedroht und floh mit ihrer Tochter aus dem Land. Heute lebt sie in Paris. Samar Yazbek schildert in dem Buch tagebuchartig Erfahrungen und Stationen eines Besuchs in den damals noch von der Opposition der „Freien Syrischen Armee“ kontrollierten Gebieten in Syrien. Diese Kontrolle bricht während ihres Besuchs sichtbar weg. „Syrien ist zum Magneten für extremistische Kräfte aus der ganzen Welt geworden. Der IS ist nicht aus der syrischen Bevölkerung erwachsen, sondern von außen gekommen. Heute herrscht er über die Hälfte des Landes ... Die Revolution hat nichts mehr damit zu tun, wie sie angefangen hat, mit ihren Forderungen nach Demokratie und Gerechtigkeit“, beklagte sie unlängst in einem Interview mit der Berliner Zeitung (15.9.2015). In dem Buch schildert sie mit beklemmender Genauigkeit den furchtbaren Terror und das Leid, das die Fassbomben des Regimes Assad unter der Zivilbevölkerung anrichten, ebenso wie das Vordringen von Terrororganisationen wie Al Nusra und von IS-Kämpfern aus afrikanischen Ländern, aus Afghanistan, dem Jemen und anderen Ländern, die 2013 und danach praktisch ungehindert über die Türkei nach Syrien einsickerten. Die Autorin interviewt Mütter, Basarhändler, Krankenschwestern, zur Opposition übergelaufene Soldaten und Stammesfürsten, schildert deren Schicksal und erzählt, wie aus der Protestbewegung gegen das Regime Assad ein Krieg wurde, aus dem der IS den größten Nutzen zieht. Schade ist nur, dass die kurdische Opposition gegen Assad in dem Buch fast gar nicht vorkommt – vielleicht ein Hinweis auf einen der Schwachpunkte der demokratischen Opposition in Syrien?

Samar Yazbek, Die gestohlene Revolution, Reise in mein zerstörtes Syrien, Nagel & Kimche im Carl Hanser Verlag, München, 2015, 287 Seiten, 19,90 Euro

Buchbesprechungen: Rüdiger Lötzer

Inhalt

Köln hat ein Polizeiproblem und kein Flüchtlingsproblem

CSU und CDU

Erdogan lässt Intellektuelle inhaftieren – AKP naher Politiker ruft zum Massaker auf

Auslandsnachrichten

Niederlande: Streik im Hafen von Rotterdam • Österreich: A1 Telekom: 1,5 Prozent mehr Gehalt • Spanien: Ablehnung des Mindestlohn-Angebots • Tschechien: erstmals Tarifvertrag für Beamte • Ukraine: Minenarbeiter blockieren Straße nach Polen • Türkei: Repression gegen Beschäftigte • Somalia: Attentat auf Gewerkschaftsführer • Angola: Busfahrer streiken 2016 weiter • Pakistan: Arbeiterprotest gegen Massenkündigungen • Thailand: Vorgehen gegen Gewerkschafter • Indonesien: Apple-Zulieferer bestreikt

Aktionen ... Initiativen

Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall. #ausnahmslos • Schulterchluss von Bauern und Verbrauchern: Starkes Signal gegen Agrarindustrie • Ostermarsch Rhein Ruhr • Erwerbslosen Forum Deutschland rät zu massenhaften Widersprüchen gegen Leistungsbescheide der Jobcenter • Reform der Pflegeausbildung: Paritätischer kritisiert Pläne der Bundesregierung

Mannheim BuGa-Klage: verloren und doch gewonnen

München will „Raus aus der Steinkohle“

Kommunale Politik

Weg mit der „Angemessenheitsgrenze“ bei Sozialwohnungen: Dortmund. • Links wirkt – Junker in Erklärungsnot: Forderung nach einem Mietpreisstopp zeigt Wirkung: Frankfurt a.M. • Kommunales Wohnungsbauprogramm jetzt! Bremen. • Flüchtlinge brauchen Ombudspersonen: Essen. • Nichts, was die Stadt aktuell weiterbringt: Berlin. • Sozial gerechter ÖPNV ist möglich: Trier. • Gegen eine Wiedereinführung der Entgelte im Kindergartenbereich! Braunschweig. • Die Linke verurteilt Abschiebepläne des Bürgermeisters: Lübeck. • Integration und mehr bezahlbarer Wohnraum sind Kernaufgaben für 2016

General Electric (GE) plant Massenentlassungen für das Werk Mannheim (ehemals Alstom) – IG Metall und Belegschaft leisten Widerstand

Rente: Österreicher besser abgesichert als Deutsche – Nachbarland liegt beim Vergleich der Rentensysteme klar vorne

Wirtschaftspresse

Kontraktlogistik IG Metall und Verdi vereinbaren Kooperation

Zum 28. CDU-Parteitag, 13.–15.12.2015

Bücher zum Thema Flucht und Asyl, Syrien, Islamismus

„München nicht wie geplant: Stadtpolitik, Bürgerwille und die Macht der Medien“

Der Münchner Architekt und Stadtplaner Karl Klühspies hat sich bereits in den 1960er Jahren engagiert gegen den Umbau Münchens zu einer „auto-gerechten Stadt“ gewandt und wurde in den folgenden Jahren durch seine Recherchen und wissenschaftlichen Publikationen für Bürgerinitiativen und Protestaktionen zu einer Leitfigur dieser Bewegungen. U.a. konnte Mitte der 1960er Jahre der geplante Ausbau des Altstadtrings zu einer Art Stadtautobahn weitgehend verhindert werden, ebenso der Durchstich der „Isarparallele“ nach Süden, der die Zerstörung der westlichen Isarpromenade bedeutet hätte. Aus den Konflikten um die Tunnelführung der Prinzregentenstraße unter dem Prinz-Carl-Palais, was nicht mehr verhindert werden konnte, entstand schließlich mit Unterstützung des damaligen

Oberbürgermeisters Hans-Jochen Vogel das „Münchner Diskussionsforum für Stadtentwicklungsfragen“, das Münchner Forum. Karl Klühspies gehörte zu den Gründungsmitgliedern und ist seitdem einer seiner wichtigsten Protagonisten.

In dem Buch „München – nicht wie geplant“ breitet Karl Klühspies die wichtigsten Beispiele der bürger-schaftlichen Aktionen und Bewegungen über einen Zeitraum von ca. 30 Jahren mit zahlreichen Dokumenten, Bildern, Presseartikeln und weiteren Erläuterungen bis in die jüngste Vergangenheit aus. Er zeigt eindrucksvoll, dass die Stadt München sich eben nicht wie geplant entwickelt hat, sondern dass durch das weltweit beachtete bürgerschaftliche Engagement und den teils heftigen Widerstand vieles verhindert werden konnte, was heute ganz wesentlich zum positiven Charakter der Stadt München beiträgt.

Karl Klühspies wurde für sein stadtplanerisches Engagement 1977 mit der Theodor-Heuss-Medaille ausgezeichnet und erhielt 1988 die Medaille „München leuchtet“ in Gold.

Karl Klühspies – München nicht wie geplant Stadtpolitik, Bürgerwille und die Macht der Medien Herausgegeben vom Münchner Forum Erscheinungsmonat: Dezember 2015

Jetzt bestellen beim Franz Schiermeier Verlag oder im Buchhandel ISBN 978-3-943866-25-4. Preis: 24,50 Euro <http://www.stadtatlas-muenchen.de/karl-kluehspies-muenchen-nicht-wie-geplant.html>

Eine ausführliche Rezension findet sich unter:

http://forummuenchen.de/wp-content/uploads/2015/12/Standpunkte_12_2015.pdf



Zum Vormerken und Anmelden:

Jahrestagung 2016 des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 2./3. April 2016 in Mannheim

Wie immer mit zwei Schwerpunktthemen:

- „...unmündig nennt man uns und Knechte...“ – Errungenschaften linker und emanzipatorischer Politik in den Gesellschaften Europas
- Flüchtlingsfrage/internationale Verpflichtungen und die deutsche Politik

Anmeldung per Mail bei stuttgart@gnn-verlage.com mit Angabe, ob Übernachtung gewünscht.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 18. Februar 2016.

Redaktionsschluss: Freitag, 12. Februar

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2016:

21. Jan., 18. Feb., 17. März, 14. April, 12. Mai, 23. Juni, 21. Juli, 18. Aug., 15. Sept., 13. Okt., 10. Nov., 8. Dez.